

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
i. S.: C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Döberitz 4198/4199



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copacienstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung teilerweise 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Fälle ist Berlin.

Berlin, den 5. Juni 1931

Bereitschaft zum Kampf!

Intern. Kauf
Soz. Geschlossenheit
Amsterdam

SPD. Der Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie wurde am Freitag um 13.45 Uhr nach einem Schlusswort des Parteivorsitzenden Otto Wels geschlossen.

Das Gesamturteil über den Leipziger Parteitag wird von der Tatsache beherrscht, dass er ein überwältigendes Bild innerer Geschlossenheit und Kampfbereitschaft gezeigt hat. Daran ändert auch nichts, dass die Debatten um die Panzerkreuzerfrage und den Disziplinbruch der Neun viel Zeit in Anspruch genommen haben. Nur der oberflächliche Beurteiler kann darin ein Zeichen von Schwäche erblicken. Nicht nur das Abstimmungsergebnis, sondern auch der Inhalt der Debatte haben erkennen lassen, dass zwar im einzelnen manche Meinungsverschiedenheiten bestehen, dass Verstand und Temperament, Einsicht und Gefühl oftmals schwer in Übereinstimmung zu bringen sind, dass aber letzten Endes doch höchstens eine Uneinigkeit darüber übrig bleibt, zu welchem Zeitpunkt die Partei ihre politische und organisatorische Kraft mit ihrem ganzen Schwergewicht zu einer geschlossenen Offensive einsetzen soll.

Wohl auf keinem Parteitag ist die Opposition zahlenmässig so schwach gewesen, wie auf diesem. Das gilt allerdings nur von der Opposition, die sich als besondere Gruppe innerhalb der Partei fühlt, und von der man teilweise befürchtete, dass sie sich zu einer organisierten Opposition mit all ihren Gefahren entwickeln könnte. Wenn diese Befürchtung durch den Parteitag als unbegründet erwiesen worden ist, so wird man das letzten Endes darauf zurückführen können, dass die gewaltigen Schwierigkeiten in Politik und Wirtschaft auch bei einem Teil der bisherigen Opposition die Erkenntnis erzeugt haben, dass die Aufgaben der Sozialdemokratie zu gross, ihre Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse zu schwer ist, als dass man sich den Luxus von sich einander bekämpfenden Richtungen weiterhin gestatten könnte.

Man darf in dieser zahlenmässigen Schwäche der Opposition aber andererseits nicht etwa Zufriedenheit mit den Ergebnissen der bisherigen Politik erblicken! Die grosse Leistung der Taktik der Partei, die durch den aktiven Kampf gegenden Faschismus vollbracht wurde, und die die Faschisten bisher an der Machtergreifung hinderte, wurde allseitig anerkannt. Trotzdem tritt sie zurück hinter der Erwägung, wie künftig das grosse Ziel der Sicherung der Demokratie erreicht werden kann und wie die von der Wirtschaftskrise und dem reaktionären Ansturm drohenden sozialen Gefahren abgewehrt werden können. Der Parteitag hat darauf verzichtet, die Marschlinie ein für allemal unabänderlich festzulegen, er hat der Reichstagsfraktion für die vergangene Arbeit die Billigung ausgesprochen und für die zukünftige Arbeit Richtlinien gegeben.

Diese Richtlinien sind in der Entschliessung enthalten, die die Berliner Delegation eingebracht und die der Parteitag fast einstimmig angenommen hat. Sie bedeuten zwar keine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Politik, lassen aber die Sorge erkennen, dass die Grenze des Erträglichen schon in bedenk-

liche Nähe gerückt ist. Auf Grund dieser Richtlinien wird die Fraktion schon in den nächsten Tagen ihre schwerwiegenden Entscheidungen zu fällen haben. Wenn der Parteitag es auch am letzten Tage ablehnte, einem Antrag seine Zustimmung zu geben, der die Entscheidung über die künftige taktische Haltung vom Parteitag selbst treffen lassen wollte, so geschah dies nicht nur, weil man damit in Widerspruch zu der vorher angenommenen Berliner Entschliessung geraten wäre, sondern auch, weil man vorher bereits entschieden hatte, dass die letzte Entscheidung von der Reichstagsfraktion getroffen werden solle.

Bei dieser Entscheidung wird die Reichstagsfraktion beachten müssen, dass die Stellung des Parteitages klar erkennen lässt, dass die bisherige Tolerierung des Reichskabinetts Brüning nicht nur von bestimmten Voraussetzungen, sondern auch von klar erkennbaren Zielen abhängig ist. Das Ziel ist die Sicherung der Demokratie und die Niederringung des Faschismus. Die Voraussetzungen sind die Sicherung der Lebenshaltung der arbeitenden Volksmassen, die Erhaltung der sozialen Einrichtungen und die Wiederbelebung der Wirtschaft. Lassen sich Voraussetzungen und Ziel mit den bisherigen Methoden nicht erreichen, so wird der Tolerierungspolitik die Grundlage entzogen.

Auch für diesen letzten Fall, den der äussersten Zuspitzung der politischen Situation, ist die Sozialdemokratie gerüstet. Das hat der Parteitag gezeigt. Führung und Massen sind gewillt, sich in ihrer Wachsamkeit und Kampfbereitschaft durch nichts beeinflussen zu lassen. Oberstes Ziel der Sozialdemokratie ist das Wohl der arbeitenden Massen. Wenn die Politik der bürgerlichen Gruppen und Parteien die Wirtschaftskrise zur Niederzwingung der Arbeiterklasse benutzen will, wenn sie glauben, die ökonomische Schwäche der Arbeiterklasse zum Raub der sozialen Einrichtungen benutzen zu können, dann werden gerade die, die bisher die Tolerierungspolitik empfohlen haben, die Massen zur leidenschaftlichen Abwehr aufrufen!

Für den Kampfwillen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist mitbestimmend die Erkenntnis, dass die gewaltige Wirtschaftskrise durch eine vernünftige, den sozialen Interessen der Massen gerecht werdende Politik zwar vorübergehend gemindert, aber nicht endgültig überwunden werden kann. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist mit Not und Elend untrennbar verbunden. Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts-anarchie, Kampf für den Sozialismus in unserer Zeit, das ist deshalb der Leitgedanke, der die Verhandlungen des Parteitages beseelt hat und der der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung die Schwungkraft gibt im Kampfe um eine bessere Welt!

SPD. Paris, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf Antrag des nationalistischen Abgeordneten Mandel hat die Untersuchungskommission der Kammer den Vorsitzenden Marin beauftragt, die Sozialistische Kammerfraktion zu bitten, neue Vertreter in die Kommission zu entsenden, da der Abgeordnete Renaudel sein Amt niedergelegt hat und die beiden anderen sozialistischen Mitglieder Paul Faure und Compère-Morel sich für längere Zeit habenbeurlauben lassen. Die Anwesenheit von sozialistischen Abgeordneten sei gerade jetzt notwendig, da die Kommission in die Prüfung der Affäre der Bank Benard eintreten will, in der angeblich Léon Blum kompromittiert sein soll. Die Sozialistische Kammerfraktion hat sich in einer heutigen Sitzung bereits mit diesem Antrag beschäftigt, aber noch keinen Beschluss gefasst.

SPD. Der Reichspräsident hat am Freitag die neue Notverordnung unterzeichnet.

SPD. Unmittelbar vor der Veröffentlichung der neuen Notverordnung haben sich die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages in Münster versammelt, um zu den entscheidenden Fragen der Kommunalpolitik Stellung zu nehmen.

Den ungeheuren Ernst der Gemeindefinanzen schilderte der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert. Im Rechnungsjahr 1930 betrug das Defizit bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 450 Millionen Mark, dessen Deckung im laufenden Rechnungsjahr unmöglich ist. Die Fehlbeträge werden sich also aus Kassendefiziten in kurzfristige Verschuldungen umwandeln und damit die vor zwei Jahren begonnene und mit Erfolg durchgeführte Schuldenkonsolidierung der Städte äusserst erschweren.

Trotz allerschärfster Ausgabedrosselungen und entsprechender Aufgabebeschränkungen wird das Defizit für 1931 auf mehr als 625 Millionen zu schätzen sein. Grosse Wirtschaftsgruppen wenden sich jetzt bereits gegen die scharfen Sparmassnahmen der Städte, denen jedoch bei der gegenwärtigen Lage nichts anderes übrig bleibt, als die Politik weiterer rigoroser Einschränkungen fortzusetzen. Das Defizit für 1931 beruht allein auf der Mehrbelastung durch die Wohlfahrtserwerbslosen, im laufenden Jahr gegenüber 1929 rund 645 Millionen Mark beträgt. Ohne diese auf die Gemeinden abgewälzte Mehrbelastung würden die Kommunen bei sparsamster Wirtschaft 1931 kein Defizit zu tragen haben. Die Finanzwirtschaft der Gemeinden ist also ohne die ihr aufgebürdete Last der Wohlfahrtserwerbslosen gesund, obwohl es überall der grössten Anspannung bedurfte, um bei der rückläufigen Tendenz der Einnahmen die Etats zu balanzieren. Beträgt doch der Gesamtausfall im laufenden Jahr gegenüber 1929 12,5 % der Steuereinnahmen und Werkerträge, die auf rund 650 Millionen geschätzt werden.

Der Deutsche Städtetag hat wiederholt die organisatorische und finanzielle Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosen-Fürsorge zu einer "Reichsarbeitslosen-Fürsorge" verlangt. Da die Reichsregierung, gestützt auf ein Mehrheitsgutachten der Braunskommission sich zu dieser einschneidenden Massnahme im Augenblick nicht entschliessen kann, fordern die Gemeinden wenigstens von den Lasten an der Krisenfürsorge befreit zu werden. Bisher waren sie hieran mit 20 % beteiligt.

Sodann fordert der Deutsche Städtetag von der Reichsregierung, die Kosten der Lebenshaltung den gesunkenen Löhnen und Gehältern anzupassen. Mit allem Nachdruck wird darauf hingewiesen, dass die Belastung der breiten Massen in den Städten auf ihren Höhepunkt gelangt sei und keine Steigerung mehr vertrage. So sei eine Einschränkung sozialer Leistungen nur dann vertretbar, wenn gleichzeitig die notwendigsten Lebensmittel verbilligt werden.

SPD. Amsterdam, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Die niederländischen Gemeinderatswahlen haben begonnen. Die Gemeinderatswahlen finden in Holland nicht an einem einzigen Tage statt, sondern verteilen sich über mehrere Wochen. Schon die ersten Wahlen, die durchweg in Kleinstädten und Landgemeinden stattfanden, bedeuten einen Gewinn von 2 Mandaten und zahlreichen Stimmen für die Sozialdemokratie. So stieg in Enkhuizen die Zahl der sozialdemokratischen Sitze von 3 auf 4, in Nijkerk von 1 auf 2. In den Gemeinden Andijk, Enkhuizen, Ilpendam, Nijkerk, Noord-Scharwoude, Oterleek und St. Pancras hatte die Sozialdemokratie insgesamt einen Stimmenzuwachs von 850 Stimmen zu verzeichnen, wobei in Betracht kommt, dass es sich hier um kleine Landorte mit starkem Einfluss der reaktionären Gruppen handelt.

SPD. Görlitz, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Preussische Ministerpräsident Braun traf am Freitag hier zu einer Informationsreise durch die Provinz Niederschlesien ein. In Verbindung mit dieser Reise wird die Oberlausitz besucht. Der Ministerpräsident wird auf der Fahrt vom Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien begleitet. U.a. werden die Hochwasser-Schutzanlagen am Bober besichtigt. Am ersten Reisetag fanden Besprechungen mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handwerks usw. statt. Bei den Besprechungen mit den Vertretern der Landwirtschaft steht die Frage der Grünland-Wirtschaft im Vordergrund.

SPD. Genf, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

In der heutigen Vormittagssitzung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde am stärksten die Rede des deutschen Regierungsvertreters Dr. Brauns beachtet und zum Schluss mit allgemeinem Beifall anerkannt. Brauns ging von dem Konstruktionsfehler der heutigen Wirtschaft aus, die einen gewaltigen Güterreichtum geschaffen habe, aber in der Organisation der Verteilung zurückgeblieben sei. Die Welt sei mitten im Werden einer neuen Zeit, was zu neuen Wegen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zwingt. Nur Beseitigung des ungeordneten Konkurrenzkampfes zwischen allen Völkern auf eigene Faust durch eine internationale Ordnung könne Rettung bringen. Der dringend notwendigen sozialen Politik komme nur die Aufgabe einer Milderung der Krise für die Arbeitslosen zu. Auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wäre ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Um aber das Uebel der Arbeitslosigkeit an der Wurzel zu erfassen, sei die Einleitung von Arbeiten erforderlich, wie Siedlung, Gasversorgung, Strassenbau und Elektrifizierung, für die Bedarf, aber kein Geld vorhanden sei. Hier liege einer der schwersten Konstruktionsfehler, dass die Goldbestände nicht richtig verteilt seien und fortgesetzt fehlgeleitet würden. Das System der fortgesetzten Blutentziehung gegenüber einem Teil der Länder und der Uebersättigung der anderen sei unbedingt zu beseitigen. Die Welt müsse, ehe es zu spät sei, zu einer Erleichterung der Weltwirtschaft durch eine andere Regelung der internationalen Schulden und der Reparationsfrage kommen. Die kapitalschwachen Länder bedürften langfristiger und billiger Kredite, die von den kapitalkräftigen Ländern mit Hilfe einer internationalen Organisation ihrer Finanzinstitute bereitgestellt seien. Endlich müsse man über die politischen Hemmungen hinauskommen. Die Konferenz erwarte von den Regierungen endlich Taten, wenn der Völkerbund diese vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit nicht sehen, wenn er stattdessen Plänen nachjagen wolle, die günstigstenfalls erst in einer späteren Zukunft zu verwirklichen seien, wenn er den unerlässlichsten Lebens- und Existenzfragen der Völker nicht alle seine Kraft widmen wolle, verdiene er den neuen Palast nicht, den man ihm baue.

Lambert-Ribot, der französische Unternehmervertreter, polemisierte gegen den Standpunkt der Arbeitergruppe. Er will eine Politik industrieller Abkommen, Herabsetzung der Produktionskosten und vor allem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern.

SPD. Warschau, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Freitag früh ist der bekannte demokratisch-oppositionelle Bauernführer Jan Dombki gestorben, der im vorigen Jahre einem bestialischen Ueberfall von bisher angeblich unbekannt gebliebenen Pilsudski-Offizieren zum Opfer gefallen war. Seit jener Misshandlung hatte sich sein Herzleiden so verschlechtert, dass es nun zu seinem Tode geführt hat. Dombki hat s.Zt. grossen Einfluss auf die polnische Aussenpolitik ausgeübt und von polnischer Seite vor 10 Jahren den Rigaer Frieden mit Sowjet-Russland unterzeichnet.

SPD. Warschau, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Der von der Pilsudski-Regierung bereits seit langem angekündigte Prozess gegen die in Brest-Litowsk gefolterten polnischen Oppositionsführer soll, wie nun verlautet, Mitte Juni beginnen. Zu allererst sollen die beiden sozialistischen Führer Professor Barlitzki und Dr. Liebermann, ferner der ehemalige Ministerpräsident Witos, der ehemalige Innenminister Dr. Kiermik und einige andere an die Reihe kommen, gegen die im einzelnen noch nicht bekannte Anklage wegen Vergehens gegen verschiedene politische Paragraphen des alten russischen Strafgesetzbuches erhoben wurde. Die Anklageschrift soll 6 Bände umfassen, die aber doch wohl nicht verhindern werden können, dass die Angeklagten vor Gericht als Kläger auftreten werden.

SPD. Haifa, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Beisetzung des Exscherifs Hussein neben dem indischen Mohammedaner-Führer Mohammed Ali in Jerusalem bedeutet die Fortsetzung der Bemühungen, Jerusalem zur Rivalin Mekkas zu machen. Die Nichteinladung des italienischen Generalkonsuls zur Beerdigung Husseins erregt grosses Aufsehen. Sie ist ein Zeichen dafür, dass die mohammedanische Misstimmung gegen Italien wegen der Grausamkeiten in Tripolis weiter besteht.

SPD. Chemnitz, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Riesenaufmarsch der Massen anlässlich der Eröffnung des Sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig, das gewaltige Bekenntnis der 160 000 zum Sozialismus hat den sächsischen Nazis einen panischen Schrecken eingejagt. Um die Aufmerksamkeit erneut auf sich zu ziehen haben sie für Sonnabend und Sonntag in Chemnitz ein Landestreffen angesetzt, zu dem nach ihren eigenen grosssprecherischen Mitteilungen an die Presse 20 000 uniformierte SA.-Leute erwartet werden. Von den "Führern" der Partei werden Hitler, Goebbels, Strasser, Frick und der Prinz Auwi in Chemnitz erwartet. Man sieht also, welche ver zweifelte Anstrengungen die Nazis unternehmen, um der sozialdemokratischen Riesenkundgebung vom vergangenen Sonntag etwas entgegensetzen zu können. Der Chemnitzer Bevölkerung wird das Landestreffen der Nazis durch ein "Riesenschlachtfest" schmackhaft gemacht. An den Anschlagssäulen der Stadt prangen die Einladungen der Ortsgruppe Chemnitz zu diesem Feuerwerk, das mit folgenden Worten angepriesen wird:

"Die Hölle von Verdun. Weisse Leuchtkugeln leuchten das Gelände ab - Gewehrfeuer, stossweises Maschinengewehrfeuer - Aufsteigen von roten Signalleuchtkugeln - schlagartiges Einsetzen des Maschinengewehr- und Geschützfeuers - Aufsteigen von grünen Leuchtkugeln - Steigerung des Gewehr- und Maschinengewehrfeuers - Geschützsalven - Minenfeuer - platzende Schrapnells - Geschosseinschlag und Explosion - pfeifende und zischende Explosionen bis auf höchste Stärke. Der Flammen-Tornado! Gewaltiges Finale mit Hunderten von Bomben und Granaten, endend mit der Riesenexplosion des Forts Douaumont. Abschluss: Grosser Zapfenstreich! Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Chemnitz".

Man weiss nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Gemeinheit, mit der das Andenken der Toten von Verdun geschändet wird, oder über die Geschmacklosigkeit, mit der die Nazi-Partei den politischen Aufmarsch der SA. ankündigt!

Die Hölle von Verdun, in der Tausende von Soldaten während des furchtbaren Weltkrieges umkamen, wird von den Nazis zu einer Volksbelustigung gestempelt. Die Totenschänder vom Hakenkreuz scheuen sich nicht, die grauenhaftesten Epi-

soden des Weltkrieges zu einem Parteigeschäft herabzuwürdigen. Ober glaubt die Naziartei etwa, die Wirtschaftskrise durch ein vergnügliches Feuerwerk zu beseitigen?

SPD. Paris, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

25 Mitglieder des rechten Flügels der sozialistischen Kammerfraktion haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie gegen die auf dem Parteikongress in Tours angenommene Entschliessung über die Landesverteidigung und die Abrüstung protestierten. Zu den Unterzeichnern gehören u.a. Paul Boncour, Renaudel Barthe, Frot, Chastanet, Varenne, Hymans und Marquet. Obgleich die Erklärung noch nicht veröffentlicht ist, können wir bereits mitteilen, dass die 25 Abgeordneten darin zum Ausdruck bringen, dass sie in der Frage der Landesverteidigung mit der Mehrheit der Partei nicht einig sind und dass sie es daher für ihre Pflicht halten, diese Auffassung öffentlich bekannt zu geben und deshalb in der Partei für den Sieg ihrer These, d.h. Anerkennung der Notwendigkeit der Landesverteidigung unter gewissen Bedingungen, zu kämpfen. Die Unterzeichner sollen ausserdem die Absicht haben, zu verlangen, dass die Fraktionsmitglieder bei Abstimmungen über die Landesverteidigung und Abrüstung gemäss ihrem Gewissen und nicht gemäss irgendwelchen Fraktionsbeschlüssen ihre Stimme abgeben.

Zu dieser Protesterklärung sei bemerkt, dass die 25 Abgeordneten nicht, wie man in Rechtskreisen bereits anzunehmen scheint, damit eine Spaltung der Sozialistischen Partei hervorrufen wollen. Eine derartige Absicht liegt den Protestlern durchaus fern. Ihre Haltung wird daher von den andersgesinnten Parteimitgliedern auch nicht als ein Verstoss gegen die Parteidisziplin betrachtet. Natürlich darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass der politische Einfluss und die Stosskraft der Partei durch dieses Vorgehen der 25 Abgeordneten nicht gerade erhöht werden.

SPD. Brüssel, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Renkin ist am Freitag gebildet worden. Sie besteht aus sieben Katholiken und fünf Liberalen. Es ist offenkundig ein Verlegenheitsministerium, denn die Mehrzahl seiner Mitglieder sind Politiker zweiten und dritten Ranges. Die bedeutenderen Parteiführer hatten ihre Teilnahme abgelehnt. Sieben der neuen Minister haben überhaupt noch kein Regierungsamt bekleidet. Von den früheren Kabinettsmitgliedern bleiben nur Aussenminister Hymans und ein oder zwei andere Minister im Amt. Die neue Regierung wird froh sein, wenn es ihr gelingt, vom Parlament die Ermächtigung zu den neuen Steuern und der Anleihe zu erhalten, die zur Deckung des Budget-Defizits notwendig sind. Darüber hinaus wird das Kabinett wohl nicht viel leisten können. Ueberraschend ist die Wahl des Kriegsministers, die auf den Antwerpener liberalen Reeder- und Zeitungsbesitzer Dens gefallen ist, der auch in England starke Kapitalinteressen und Häuserbesitz hat.

SPD. Weimar, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Wie verlautet, soll gegen den nationalsozialistischen Gauleiter und Landtagsabgeordneten Sauckel in Weimar ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden. Der Antrag auf Aufhebung seiner Immunität liegt bereits beim Landtag vor. Sauckel hat in einer nationalsozialistischen Versammlung, die am 22. März 1931 im Deutschen Nationaltheater in Weimar stattfand und in der als Referent der nationalsozialistische Fememörder Schulz auftrat, die Versammlung

nach einem Bericht der Allgemeinen Thüringer Landeszeitung Deutschlands wie folgt eingeleitet: "In diesem Raume haben sich einstens eine Horde von Verrätern und Feiglingen angemast, einen neuen Staat aufzubauen". Der in Weimar erscheinende "Nationalsozialist", dessen Herausgeber Sauckel selbst ist, gab die Aeusserung, die Sauckel bei der Eröffnung der Versammlung gebraucht hat, wie folgt wieder: "Wenn heute Oberleutnant Schulz in diesem Hause spricht, so ist das wesentlichler, als wenn einst sich ein Haufe von Volksverrätern hier angemast hat, einen Staat aufzurichten". Zu Fememörder Schulz gerichtet sagte Sauckel: "Wir gehören zu Ihnen, Herr Oberleutnant, wie Sie zu uns gehören. Wir sind stolz, dass Sie, Herr Oberleutnant, zu uns gehören". Zur Charakterisierung sei mitgeteilt, dass an dieser Veranstaltung auch der damals noch im Amte befindliche Thüringer Verfassungsminister Dr. Frick teilnahm.

SPD. Der Saatenstandbericht für das Deutsche Reich stellt für Anfang Juni fest, dass die im Mai eingetretene starke Erwärmung die Weiterentwicklung der Feldfrüchte gefördert hat. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung: Winterroggen: 2,9 (Vormonat 3,0). Sommerroggen: 2,8; Winterweizen: 2,7 (2,9); Sommerweizen = 2,6; Winterspelz 2,7 (2,8); Wintergerste 2,8 (2,9); Sommergerste 2,5; Hafer 2,7; Frühkartoffeln 2,7; Spätkartoffeln 2,8; Zuckerrüben 2,8; Runkelrüben 2,7; Klee 2,8 (3,1); Luzerne 2,8 (3,1); Bewässerungswiesen 2,3 (2,9); andere Wiesen 2,5 (3,1).

SPD. Wie wir hören, hat der Haager Gerichtshof, der vom Völkerbundsrat bekanntlich um ein Rechtsguthaben über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion ersucht worden ist, inzwischen den beteiligten Regierungen, darunter auch der Deutschen Regierung, seinen Beschluss über die Durchführung des Verfahrens mitgeteilt. Danach können die Regierungen bis zum 1. Juli d.J. dem Gerichtshof eine schriftliche Darstellung ihres Standpunkts einreichen. Nach Austausch der eingehenden Schriftsätze soll dann in der zweiten Hälfte des Monats Juli eine öffentliche Sitzung des Gerichtshofes stattfinden, in der die beteiligten Regierungen durch ihre Vertreter nochmals zu Wort kommen. Der Gerichtshof wird sein Gutachten daraufhin voraussichtlich im Laufe des Monats August verkünden. Zum Vertreter der Deutschen Regierung vor dem Gerichtshof ist der Universitätsprofessor Dr. Viktor Bruns, Direktor des Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin, bestellt worden. Oesterreich wird von Prof. Erich Kaufmann vertreten.

SPD. Rom, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Das vatikanische Staatsorgan bekämpft heute abend in einer offiziellen Verlautbarung die gemeldete Entschliessung der faschistischen Parteileitung. Es verlangt, dass die Dokumente veröffentlicht werden sollen, wenn in diesem Parteibeschluss von der "dokumentierten Feindseligkeit" der Haltung bei einigen Abteilungen der katholischen Aktion gesprochen wird. Die Veröffentlichung wird von vatikanischer Seite umso dringender verlangt, als noch in den allerletzten Tagen nach den beim Vatikan eingelaufenen Nachrichten eine Reihe Mitglieder der katholischen Aktion verhaftet worden sind, und andere ohne jeden Prozess in die Verbannung auf die Inseln geschickt wurden.

Die offiziöse Verlautbarung des vatikanischen Organs sieht auch in den Ehrfurchtsbezeugungen der faschistischen Partei für die Kirche keine Erklärung und Entschuldigung des Vorgefallenen. Sie betont vielmehr die Drohungen, die

darin enthalten wären und unverändert bleiben. Trotzdem versucht jetzt die Regierung alles, um zu einer Aussöhnung zu kommen und Mussolinis Bruder brachte heute das erste Wort der Entschuldigung und Bedauerns für die Exzesse vor. Der Plan zum Neuaufbau der katholischen Aktion, der alle Mitglieder der aufgelösten katholischen Volkspartei aus den Führerstellen entfernen soll, findet im Vatikan keineswegs Annahme. Man will die Getreuen nicht schutzlos fallen lassen. Auch die neue ausserordentliche Sitzung des Kardinalkollegiums hat sich damit beschäftigt. Von vaticanischer Seite erfährt man, dass man dem Verlangen, dem Faschismus aus rein innerpolitischen Gründen goldene Brücken zu bauen, nicht ohne weiteres nachgeben werde und könne.

SPD. Sofia, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein wegen schlechten Betragens aus dem Gymnasium der Donaustadt Rustsch entlassener 15jähriger Sekundaner Dragolow drang während des Unterrichts, mit Dolch und Revolver bewaffnet, in das Schulgebäude ein. Er stach eine ihm entgegnetretende Lehrerin nieder, die auf der Stelle tot war. Mit dem Rufe "Rache" stürzte Dragolow ins Klassenzimmer, wo der Direktor unterrichtete, den er ebenfalls niederstach. Hierauf richtete er den Revolver gegen eine Schülergruppe, die ihn zu entwaffnen suchte, und tötete einen Primaner und verletzte mehrere andere. Erst nach heftigster Gegenwehr konnte der Amokläufer unschädlich gemacht werden.

SPD. London, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius empfangen am Freitag abend die Vertreter der deutschen Presse in London. Der Reichskanzler betonte, dass sie zu einem freundschaftlichen Besuch und nicht zu einer Konferenz nach London eingeladen seien. Er habe den Wunsch, diese Gelegenheit dazu auszunützen, um der englischen Regierung eine Schilderung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu geben. Dass dabei die Reparationsfrage nicht fehlen könne, bedürfe angesichts der Wichtigkeit dieses Faktors unter den deutschen Schwierigkeiten keiner Erwähnung. Jedoch könne keine Rede davon sein, dass die deutsche Regierung eine Einstellung der Zinszahlungen für ihre auswärtigen Anleihen erwäge, wie dies ein Londoner Blatt behauptet hat. Derartige Massnahmen könnten überhaupt nicht in Frage kommen. Neben den Reparationen werde auch die Abrüstung zur Sprache kommen. Der Reichskanzler streifte die neue Notverordnung und sagte, dass sich auch für das nächste Jahr keine bessere Aussicht biete, da die gegenwärtige Krise sich erst dann durch eine entsprechende Verringerung der Staatseinnahmen auswirken werde. Schliesslich gab er seiner Freude über die freundschaftliche Einladung, die von der englischen Regierung an Dr. Curtius und ihn ergangen sei, Ausdruck.

Bei ihrer Ankunft in London am Nachmittag um 2,45 Uhr waren die deutschen Staatsmänner vom Premierminister MacDonald und Aussenminister Henderson auf dem Bahnsteig empfangen worden. Als das Auto den Bahnsteig verliess, erscholl aus dem Munde eines jungen Deutschen der Ruf: "Deutschland erwache", jedoch so zaghaft, dass er nur von den Umstehenden gehört wurde. Der deutsche Botschafter von Neurath war den deutschen Ministern nach Southampton entgegengefahren. Dort hatte ein englisches Kriegsschiff die deutschen Gäste von der "Hamburg" übernommen und an Land gebracht, wo sie der Bürgermeister der Stadt auf englischem Boden begrüsstete.

Das Programm der Tage in London und Chequers ist ausserordentlich reichhaltig. Freitag abend gibt die englische Regierung ein Festessen im Goldenen Saal des Auswärtigen Amtes, zu dem 62 Personen eingeladen sind. Die ganze

Regierung wird dabei sein, ausserdem die Führer der parlamentarischen Opposition. Höhere Beamte und interessierte Persönlichkeiten, die mit deutsch-englischen Angelegenheiten verbunden sind, wie der ehemalige englische Botschafter in Berlin Lord D'Abernoon, sind ebenfalls eingeladen. Am Sonnabend vormittag wird die deutsche Kolonie in London Gelegenheit haben, die beiden Minister zu sehen. Die deutsche Botschaft hat anlässlich der Truppenparade für den Geburtstag des Königs ihre Terrassen geöffnet. Bei dieser Gelegenheit werden die deutschen Minister unter der deutschen Kolonie weilen. Daran anschliessend fahren Brüning und Curtius nach dem Landsitz des Premierminister nach Chequers, wo sie mit MacDonal und Henderson bis Sonntag mittag allein sein werden. Sonntag vormittag wird Brüning die katholische Kirche in einem nahegelegenen Ort besuchen. Zum Frühstück sind eine Reihe von Gästen eingeladen, darunter auch Bernward Shaw und Galsworthy. Die englische Regierung legt auf den aussenpolitischen Charakter der Zusammenkunft besonderen Wert. Montag vormittag werden die deutschen Herren vom König im Buckingham-Palast in Audienz empfangen. Um 1 Uhr gibt die deutsch-englische Gesellschaft ein Frühstück. Am Nachmittag veranstaltet das Königliche Institut für auswärtige Angelegenheiten einen Empfang und am Abend gibt die Deutsche Botschaft ein Bankett, zu dem ausser der englischen Regierung der österreichische Gesandte in London, Herr von Frankenstein, eingeladen ist. Im Anschluss an das Bankett findet ein Empfang statt, bei dem das ganze Diplomatische Corps zugegen sein wird. Am Dienstag vormittag werden die deutschen Minister nach Southampton abreisen, um von dort mit dem Dampfer nach Hamburg zurückzukehren.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Parteitags-Stimmungsbild.

SPD. Leipzig, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Parteitag ist beendet! Um 13.20 Uhr kam Otto Wels zu seinem Schlusswort. Er dankte nochmals allen, die an der Vorbereitung des Leipziger Kongresses teilgenommen und seine erfolgreiche Durchführung durch ihre Mitarbeit ermöglicht haben. Er schloss mit einer Würdigung der Arbeiten des Kongresses und seiner Auswirkungen in agitatorischer und politischer Beziehung. Um 13.45 Uhr erklärte Wels den Parteitag für geschlossen.

In der Schlussitzung gab es bei den Berichten des Parteivorstandes noch einige heftige Debatten. Es sprachen Gegner und Befürworter der offiziellen Parteipolitik. Eine vielbeachtete und insbesondere durch ihre Sachlichkeit auffallende Rede hielt der Oppositionelle Böchel-Chemnitz, der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Sozialdemokratie. Es gelang ihm wiederholt, den ganzen Parteitag auf seine Seite zu bringen; so, als er Entgleisungen und Ungezogenheiten bei Diskussionen innerhalb der Partei generell verurteilte, und er sich bei allen Meinungsverschiedenheiten stark für die Einheit der Partei einsetzte. Auch die Minderheit sei bereit und entschlossen, die Demokratie bis aufs Letzte zu verteidigen. Er zweifle nur daran, dass man sie in der Vergangenheit immer richtig verteidigt habe und in Zukunft mit den richtigen Mitteln verteidigen wolle. Die Art der Darlegungen Böchels stach von den Ausführungen vieler Oppositionsredner wohltuend ab.

Am Schluss der Sitzung machten Rosenfeld und Seydewitz nochmals einen Vorstoß gegen die Fraktion. Sie versuchten, die Reichstagsfraktion durch einen Antrag gegen die neue, bisher noch garnicht veröffentlichte Notverordnung der Reichsregierung festlegen zu lassen und brachten zu diesem Zweck eine Entschliessung ein, in der es heisst, dass die neue Notverordnung "sehr erhebliche neue und ungerechte Lasten für das arbeitende Volk" enthalte. Insbesondere die weiteren Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung seien "untragbar". Wels und Breitscheid wandten sich mit aller Schärfe gegen den Antrag. Wels forderte, ihn durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen; Breitscheid bezeichnete ihn u.a. als "schweren politischen Fehler". Seine Ablehnung könnte in der Öffentlichkeit und bei der Reichsregierung den Eindruck erwecken, dass die Sozialdemokratie für die Notverordnung sei. Aber schon mit Rücksicht darauf, dass der Parteitag bereits beschlossen habe, die Entscheidung über die Notverordnung der Fraktion zu überlassen, müsse man über den Antrag zur Tagesordnung übergehen.

Der Parteitag beschloss nach einer kurzen, zum Teil heftigen Debatte, den Antrag Seydewitz-Rosenfeld durch die zu dem Fraktionsbericht angenommenen Entschliessungen als erledigt zu betrachten. Die vorausgegangene Aufforderung Aufhäusers, den unseligen Antrag zurückzuziehen, beantwortete Rosenfeld unter dem Protest der Mehrheit mit der Forderung nach namentlicher Abstimmung. Diesem Zwischenfall folgten die Abstimmungen über die zu den Berichten des Parteivorstandes vorliegenden Anträge, die restlos nach den Vorschlägen des Parteivorstandes verliefen.

Um 13.20 Uhr war die Tagesordnung erschöpft. Wels schloss in einem lebhaft aufgenommenen Rückblick auf die Arbeit des Parteitages mit dem Appell: "Die Armee der Arbeit steht fest formiert einig und geschlossen da zur Abwehr und zum Angriff. In lückenloser Front wird die Sozialdemokratie allen Feinden die Stirne bieten. Heraus denn zu neuen Kämpfen und Siegen! Die Trommel gerührt und hoch die Fahne! Es lebe der Freiheitskampf des arbeitenden Volkes, es lebe die deutsche Sozialdemokratie, es lebe die Sozialistische Arbeiter-Internationale!"

Leipziger Parteitag.

5. Verhandlungstag.

SPD. Leipzig, 5. Juni (Eig. Drahtb.)

Wels teilt zunächst das Ergebnis der Vorstandswahlen mit.

Als Vorsitzende sind gewählt: Wels mit 332, Crispien mit 318, Vogel mit 318 Stimmen; zu Kassierern Bartels mit 366, Ludwig mit 362 Stimmen; als Sekretäre Westphal mit 332, Marie Juchacz mit 331, Stelling mit 328 und Dittmann mit 301 Stimmen. Als Beisitzer sind gewählt: Breitscheid mit 326, Stamper mit 312 Stimmen, Hilferding mit 306, Anna Nemitz mit 302, Moses mit 295, Hilfenbrandt mit 293, Stahl mit 292, Heinrich Schulz mit 275, Elfriede Ryneck mit 273, Carl Lütke mit 270 und Otto Frank mit 226 Stimmen.

In die Kontrollkommission sind gewählt: Paul Löbe mit 350, Bock mit 324, Treu-Nürnberg mit 322, Hingsbach-Köln mit 313, August Brei mit 307, Schönfelder-Hamburg mit 297, Hermann Müller-Lichtenberg mit 275, Crummenerl-Magdeburg mit 248, Lipinski mit 178 Stimmen.

Bei der Wahl der Vorsitzenden hat Seydewitz 54 Stimmen erhalten, bei der Wahl der Sekretäre Oettinghaus 67 Stimmen. Bei der Wahl der Beisitzer Hertz 197, Fleissner 99, Siemen 92, Boeschel 80, Strobel 69, Rosenfeld 59, bei der Wahl der Kontrollkommission Luise Schröder-Hamburg 182, Lore Agnes-Düsseldorf 181, Thielmann-Braunschweig 64 Stimmen.

Dann erstattet den Kassenbericht anstelle des erkrankten Ludwig Barthel:

Die grosse Erwerbslosigkeit ist natürlich auch an unserem Kassenwesen nicht spurlos vorübergegangen. Aber trotz der Krise ist die Zahl unserer organisierten Mitglieder seit dem Parteitag in Magdeburg um rund 100 000, davon 29 500 Frauen gestiegen und betrug am 1. Januar d. J. 1 037 384, davon 228 000 Frauen. Mit diesen Ziffern stehen wir an der Spitze der Organisierten aller Parteien. Es zeigt sich die Treue unserer Mitglieder und der Werbefleiß unserer Anhänger. Die Parole: "Wo bleibt der 2. Mann?" hat gut gewirkt. Den erfolgreichen Helfern der Partei spreche ich den Dank und die Anerkennung des Vorstandes und der Partei aus. (Lebh. Zustimmung.) Auch die Zahl der Ortsgruppen ist seit Magdeburg über 800 gestiegen. Die Einnahmen der Bezirke betragen im letzten Jahre 12 Millionen Mk. Sie sind etwas gestiegen durch die Sammlung bei der Reichstagswahl und durch die stärkere Heranziehung der Mitglieder mit höherem Einkommen. Zu diesen Sonderbeiträgen empfehlen wir die Annahme des Antrags 205. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen über 4 Millionen. Wir haben uns also trotz der Krise glänzend gehalten und können stolz sein auf unser Organisationsgebilde, das uns keine Partei nachmacht. (Bravo) Gegenüber dem Gerücht, dass die Arbeiter in der Partei nicht mehr überwögen, dass die Partei überaltet sei, haben wir eine Berufs- und Altersstatistik 17 Ortsvereinen mit 1000 und mehr Mitgliedern, in 138 Ortsvereinen mit 100 bis 1000 Mitgliedern und in 238 Ortsvereinen bis zu 100 Mitgliedern aufgenommen. Diese Statistik hat stark bewiesen, dass die Arbeiter und Angestellten weit aus in der Partei überwögen und dass von einer Ueberalterung keine Rede sein kann. Ausschlussverfahren haben wir seit Magdeburg 59 durchgeführt. Den Ausbau der Geschäfte und der Parteipresse hat der Parteivorstand tatsächlich gefördert. Wir werden Betriebe mit dauerndem Verlust aufgeben und an leistungsfähige Geschäfte anschliessen müssen. Durch den Materndienst haben sich Inhalt und Aussehen der kleineren Parteipresse wesentlich verbessert. Personalentlassungen sollen bei den notwendigen Zusammenlegungen unbedingt vermieden werden. Den Werbebeitrag der Parteigeschäfte für die Parteikasse können wir nicht abschaffen. Wie immer aber auch die Entwicklung der nächsten Zeit gehen möge, eine straffe, schlagfertige Organisation und eine starke, einflussreiche Presse bleiben das Fundament unserer Bewegung. (Beifall).

Den ergänzenden Bericht über die Frauenarbeit erstattet Marie Juchacz. Die Frauenbewegung wächst. Sie ist auch vielseitiger geworden und hat sich

vertieft. Eine besonders wertvolle Schulungsarbeit leistet die Arbeiterwohlfahrt, die besonders die Gesetzes- und Verwaltungskennntnis der Frauen vergrössert. Die 42 Schülerinnen der Wohlfahrtsschule der Partei haben die staatliche Prüfung sämtlich mit Erfolg bestanden. In den Kampf gegen den Faschismus sind auch die Frauen mit Begeisterung eingetreten. (Beifall) Den Antrag Berlin, der eine besonders starke Trennungslinie gegen den Staatsbürgerinnen-Verband und die Frauenliga für Friede und Arbeit ziehen will, bitte ich abzulehnen. Es gibt noch mindestens 20 andere derartige Organisationen, und der Parteitag kann unmöglich über jede einzelne ein Urteil fällen. Ausserdem können wir den Genossinnen nicht verbieten, was den Genossen erlaubt ist. Politisches Verständnis und politischer Takt müssen hier die Entscheidung im einzelnen Fall treffen. Parteivorstand und Bezirksvorstände werden die vorkommenden Fälle sorgfältig prüfen. Die Partei wird nicht fördern, was sich auf Kosten unserer Bewegung aufbauen will.

Ueber die Bildungseinrichtungen der Partei berichtet Heinrich Schulz: "Der Abbau hat sich mit seiner harten Hand auf unser Bildungs- und Kulturleben gelegt; aber er hat sich dabei noch eine wohltuende Zurückhaltung auferlegt. Den Antrag auf Einrichtung einer Reichsparteischule ist dem Parteivorstand zu überweisen. Im Laufe dieses Jahres werden wir ihn allerdings noch nicht verwirklichen können. Die Filmzensur macht sich neuerdings breiter als je. (Sehr wahr!) Im Filmleben müsste die Zensur der öffentlichen Kritik genügen. (Sehr richtig!) Das Verbot des Parteifilms war unerhört und das Verbot des Remarque-Films "Im Westen nichts Neues" ist zu einer Katastrophe des Ansehens Deutschlands im Auslande geworden. (Lebh.Zustimmung.) Den vereinten Bemühungen von Partei und Gewerkschaften ist es gelungen, unsern Film wenigstens für geschlossene Veranstaltungen freizubekommen. Wir hoffen, dass in einigen Tagen die endgültige Entscheidung darüber fällt und dass dabei äusserst viel Gebrauch davon gemacht wird. In den Vordergrund der sozialistischen Bildungsarbeit ist jetzt auch der Rundfunk getreten. Anzunehmen bitte ich den Antrag auf Schaffung einer sozialistischen Hochschulgemeinschaft, sowie den, der die Zusammenfassung der besonderen Berufsgruppen, wie der Lehrer, Richter und Ärzte und auch die neu zu schaffende Hochschulgemeinschaft zur zweckmässigen Zusammenarbeit zusammenführen wird. Im September d.J. sind es 25 Jahre her, dass der Mannheimer Parteitag den Zentralbildungsausschuss der Partei eingesetzt hat. Wir wollen bei dieser Gelegenheit demonstrieren in einer Veranstaltung für Kunst und Bildung im sozialistischen Sinne." (Bravo!)

Für die Kontrollkommission berichtet noch Bock (vom Parteitag mit lebhaftem Beifall begrüsst): In der Zeit der Unterschlagungen und der öffentlichen Betrügereien, herrschte in unserer Partei Ehrlichkeit und Treue Bravo! Der Etat der Partei betrug in den letzten Jahren 4 Millionen Mk., sie hatte 162 Angestellte und 65 Parteisekretäre. An Beschwerden waren nur 2 zu erledigen. Der Redner schliesst mit einem Appell der Einigkeit der Partei und fügt hinzu: Ich habe schon verschiedene Spaltungen der Partei miterlebt. Durch die Spaltung der Arbeiterschaft in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei ist die Lage der Arbeiterklasse zurückgegangen. Nur durch diese Spaltung ist die Reaktion möglich gewesen. Es ist die allerhöchste Zeit, dass wir den Mahnruf von Karl Marx: "Proletarier aller Länder vereinigt euch" beherzigen und ich würde mich freuen, es noch zu erleben, dass der grösste Teil der Arbeiterklasse vorwärts, dem Sozialismus entgegenmarschiert. (Lebh.Beifall.)

Es beginnt die

Debatte über den Vorstandsbericht.

Frau Labe-Hamburg: Die Einwürfe der Nationalsozialisten auf die verfassungsmässigen Rechte der Frauen müssen noch viel stärker bekannt werden. Sie müssen die Nationalsozialisten anprangern, dass sie die Frauen wieder in die Sklaverei zurückführen wollen. In der Bevölkerungspolitik haben die Frauen des

Proletariats mehr Einsicht gezeigt und mehr Initiative entwickelt als die Ärzte und Juristen. Wir brauchen in der Arbeiterbewegung die gleichberechtigte Mitarbeit der Frauen und der Männer.

Bieligk-Leipzig: Wir haben die Einsetzung einer Organisationskommission zur Ausarbeitung eines neuen Organisationsstatuts beantragt, und es ist unmöglich, die etwa 40 Organisationsanträge hier sachlich zu erledigen. Aber sie zeigen, dass in der Partei das Verlangen nach einer Reform stark lebt. Alle Unzulänglichkeiten unserer Duldsamkeit könnten wir abstellen, wenn wir die Demokratie nicht nur im Parteistatut hätten, sondern auch im Leben der Organisation von neuem zum Ausdruck brächten. In grossen Parteizeitungen wird die Diskussion über politische Probleme überhaupt unterdrückt.

Vors.Lipinski: Ich halte es nicht für zulässig, eine allgemeine Behauptung ohne konkrete Teilangabe aufzustellen. (Bugdan-Altona: Nehmen Sie doch den Mann nicht so tragisch.)

Bieligk: Genosse Lipinski wird am besten wissen, was ich meine. Ich kann in zehn Minuten nicht auf Einzelheiten eingehen (Zuruf: Kommunistische Methode!), da unsere Genossen oft abweichenderer Meinung sind als die Kommunisten.

Vors.Lipinski: Nachdem Genosse Bieligk klargestellt hat, dass seine Bemerkung sich auf Leipzig bezog, muss ich dem Parteitag mitteilen, dass hier in eingehender Aussprache vom Bezirksvorstand die Behauptung von einer Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der "Leipziger Volkszeitung" als Unwahrheit festgestellt worden ist. (Hört, hört! und Bewegung)

Hohmann-Duisburg: Seit dem Kieler Parteitag ist der Einfluss der sozialistischen Beamten im DBB zurückgegangen. Es ist auch eine Illusion, zu glauben, dass wir in der Masse innerhalb des DBB die bürgerliche Ideologie der Beamten ändern würden. Deshalb bitte ich Sie, heute die Resolution des Parteivorstandes zum Kieler Beschluss aufzuheben.

Richter-Düsseldorf: Die unermüdliche Arbeit unserer Funktionäre wird namentlich im Westen vielfach durch eigene Parteigenossen gehemmt. Wir haben in vielen Orten keine Mitgliederversammlung mehr, in der nicht einer der Aufpasser der KPD mit einem unserer Mitgliedsbücher unter uns sitzt und für die KPD Spitzelberichte schreibt. (Hört, hört!) Die KPD-Spitzelberichte verzeichnen sorgfältig alle herabsetzenden und zersetzenden Äusserungen sogenannter linker Genossen gegen die Partei und betreiben damit systematische Zersetzungsarbeit. (Sehr wahr!) Wenn Bieligk gefordert hat, die Demokratie müsse in der Partei Wirklichkeit werden, so vergesse er nicht, dass schon jetzt bei uns in der Partei mit dem Begriff der Demokratie vielfach Schindluder getrieben wird. (Zustimmung.) Die Hintermänner des "Roten Kämpfers" sind Zersetzungsapostel der KPD. Hergestellt wird das Blatt in Düsseldorf in einer tarifbrüchigen vom Buchdruckerverband gesperrten Firma. Das Wort führt dieser Klassenkämpfer gegen die Sozialdemokratie (Bewegung und Zuruf: Weiss das Genosse Oettinghaus nicht? Unruhe.) Der "Rote Kämpfer" wird hauptsächlich von sogenannten linken Parteimitgliedern unter der Jugend verbreitet. Sein Inhalt ist unglaublich. Die Nummer 1 enthält die Behauptung, die Sozialdemokratie unterstützt ein brutales Faschistenregiment. In der Nummer 5 wird der Partei nachgesagt, dass sie wüsten Nationalismus treibe und so wird in jeder Nummer die Partei systematisch herabgesetzt. Geistiger Urheber ist ein gewisser Gersdorf aus der Weltbühne, mit richtigem Namen Dr. Sternberg-Düsseldorf. (Röhle: Das ist ein Schwindler, er gibt sich als Parteimitglied aus, ist es aber nicht). Gersdorf verkündet als sein offenes Ziel Spaltung der Partei. Und was soll man dazu sagen, wenn namhafte Führer der Linken mit diesem Zersetzungsapostel und Sendling der KPD ihre Aktionen auf den Parteitag vorbereiten (stürmische Pfuirufe und Empörung. Oettinghaus: Ich habe dem Genossen Sternberg lediglich mitgeteilt, dass Seydewitz und ich politisch nichts mit ihm zu tun haben wollen!) Es

gibt keinen Genossen Sternberg. Es gibt nur einen Sendling der KPD, der diesen Namen führt! (lebhafteste Zustimmung). Für uns gilt Meinungsfreiheit, wir fordern aber von jedem Parteimann klare Ablehnung der Zersetzungsarbeit (Lebhafte Beifall).

Stelling: Ich bin ausnahmsweise einmal mit Bielick einer Meinung, nämlich darin, dass Schädigungen der Partei durch Äusserungen und Handlungen zu unterbleiben haben und ich würde es ausserordentlich begrüßen, wenn dieser Grundsatz bei allen Schattierungen durchgeführt würde. (Sehr gut) Ein Wort zu den Anträgen, die die Beamten betreffen. Jeder von uns, der durch die Schule der freien Gewerkschaften gegangen ist, hat Verständnis für die Ausführungen des Genossen Hohmann. Aber in der heutigen Zeit müssen wir uns genau überlegen, welche Schritte wir in dieser Frage unternehmen sollen. Viele, die heute im Deutschen Beamtenbund organisiert und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, würden in eine unerquickliche Lage kommen, wenn jetzt die Scheidung vorgenommen wird, die die freigewerkschaftlich organisierten Genossen wünschen. Es ist nicht zweckmässig, auf diesem Parteitag diese Frage zur Klärung zu bringen. Auch hier muss der kühle und klare Verstand entscheiden und nicht das Gefühl. Ich bitte also, diese Anträge 164 und 165 abzulehnen.

Ferl-München: Gegen die Behauptung des Genossen Bielick, dass in einzelnen Bezirken von der Bezirksleitung eine Aussprache über die Politik der Partei planmässig unterdrückt wurde, müssen wir auf das energischste protestieren. Der ungünstige Ausfall der Reichstagswahlen beruht auf der gestiegenen materiellen Not der Masse. In solcher Zeit haben wir besonders die verantwortliche Pflicht, die Wähler darüber aufzuklären, warum wir diese Politik machen mussten, warum wir z.B. sogar den Reichstag auf längere Zeit vertagen mussten, um den Parlamentarismus zu sichern. Die Aktivität der neugeschaffenen Truppen des Reichsbanners hat die Nazis wirksam zurückgedrängt. (Beifall) Ich bitte die Genossen, die Schupoabteilung des Reichsbanners überall zu unterstützen. Auf diese Weise wird die Jugend am besten in die Politik eingeführt. (Lebhafte Beifall.)

Böchel: Zwischen uns und der Mehrheit besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit darüber, dass Entgleisungen und Ungezogenheiten verurteilt werden müssen, aber man darf nicht mit zweierlei Mass messen. Wenn in der "Chemnitzer Volksstimme" Tarnows Referat als glänzend und nachher sein Schlusswort als ironisch und demagogisch gefärbt bezeichnet wird, so wolle sich Ollenhauer nicht unnötig erregen. Auf diesem Parteitag hier hat bereits die Rechte gegen uns das Wort Demagogie gebraucht. Genosse Ferl und Genossin Labe haben gemeint, die Kritik der Linken zerstöre das Vertrauen der Massen zur Organisation. (Crispien: Die Art der Kritik!) Es ist wahr, wir haben nicht mehr als eine scharfe Kritik geübt. Aber ich muss Breitscheid sagen, soviel haben wir uns nie von der Partei getrennt, wir haben immer für die Parteeinigkeit gearbeitet und wir bedürfen von Breitscheids Seite wirklich keiner Warnung von der Spaltung. Wer aber glaubt, dass unsere Kritik das Vertrauen zur Partei gestört hat, der hat den Sinn der Demonstration vom Sonntag nicht begriffen (Lebhafte Beifall). Jetzt angesichts des Parteitages haben sich die sächsischen Organisationen vorgenommen, der Partei einmal zu zeigen, was die sächsischen Organisationen sind und was sie leisten. (Stürmischer Beifall. - Zuruf: An der Demonstration waren Berlin, Provinz Sachsen, Thüringen, 10 Bezirke der Partei beteiligt.) Die armen Genossen im Erzgebirge, im Vogtland und in der Lausitz konnten dem Parteitag nicht den glänzenden Empfang wie in Magdeburg bieten, aber sie wollten unsere Massen zeigen. Wenn Ihr nach dem Vertrauen zur Partei fragt, die sächsischen Organisationen wollten euch zeigen, welches Vertrauen sie zur Sozialdemokratie haben (stürmischer Beifall). Missversteht doch nicht: wir sind alle bereit, die Demokratie bis aufs letzte zu verteidigen! Die Situation zwingt uns, die Reihen zu schliessen. Vielleicht stehen

wir schon morgen im schärfsten Kampf und da ist es nicht klug, wenn ihr unsere Absichten entstellt und verdächtigt! Wir wissen nichts von internationalen Sonderbeteiligungen. Das Recht der Vertretung der Minderheiten sollte auch für sie durchaus erwägenswert sein. Mit den Worten Paul Löbes, gesprochen vor wenigen Monaten in entscheidungsschwerer Stunde rufe ich ihnen zu: Mag das Kabinett Brüning stürzen! Die Sozialdemokratie lebt noch und der Sozialismus steht noch im Kampfe, auch wenn wir kein Parlament und keinen Parlamentarismus haben. (Lebhafter Beifall)

Ein Schlussantrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Westphal: Einige Worte zu den Ausführungen des Genossen Böchel. Er war der Ansicht, dass die sächsischen Genossen uns durch ihre Demonstration beweisen wollten, dass die Partei unrecht hatte, die sächsischen Genossen irgendwie besonders zu kritisieren oder ihnen zu misstrauen. Ich stelle fest, dass die gesamte Partei den sächsischen Genossen und Genossinnen gar kein grösseres Vertrauen aussprechen konnte als dadurch, dass wir in dieser Zeit den Parteitag hierher verlegt haben (Lebhafte Zustimmung).

Es folgen die Abstimmungen.

Dem Parteivorstand überwiesen werden die Anträge 92, 98, 110 und 120, 118 und 119. Die Anträge zu den Beamtenfragen werden auf Vorschlag von Wels mit Wiederholung des Kieler Beschlusses zu dieser Frage für erledigt erklärt. Desgleichen werden die Anträge 113 und 123 in Bezug auf die Mitgliedschaft in bürgerlichen Sportorganisationen durch den Magdeburger Beschluss für erledigt erklärt.

Es liegt nur noch ein Antrag 209 Seydewitz-Rosenfeld vor, der den Parteivorstand beauftragen will, zu den jetzt vorliegenden neuen Notverordnungen Stellung zu nehmen. Dieser Antrag wurde bereits bei dem Bericht der Reichstagsfraktion durch Annahme des Antrages Aufhäuser erledigt. Auch ist die Reichstagsfraktion bereits zu Freitag einberufen. Dieser Antrag kann also nichts anderes bedeuten als den Eindruck zu erwecken, als ob die Partei durch Seydewitz und Rosenfeld erst vorwärts getrieben werden müsse. (Sehr wahr) Ich bitte deshalb, über die Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Rosenfeld tritt unter grosser Unruhe des Parteitages für den Antrag ein. Es würde nicht verstanden werden, wenn der Parteitag nicht zur Notverordnung Stellung nehmen würde. (Zuruf: Sie werden nicht verstanden!) Er beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Wels.

Breitscheid: Der Parteitag hat beschlossen, dass die letzte Entscheidung über die Notverordnung der Reichstagsfraktion überlassen wird. (Sehr richtig!) Diese ist bereits einberufen. Der Antrag Rosenfeld bedeutet nichts anderes, als dass die Reichstagsfraktion schon jetzt auf eine Ablehnung der Notverordnung festgelegt werden soll. Darüber, ob die Notverordnung tragbar oder untragbar ist, können die Meinungen verschieden sein. Jedenfalls wurde ein solcher Beschluss dem beim Bericht der Reichstagsfraktion gefassten Beschluss direkt zuwiderlaufen. Ich halte es für einen schweren taktischen Fehler der Antragsteller, dass sie diesen Antrag überhaupt eingebracht haben. (Lebhafte Zustimmung) Denn wenn dieser Antrag aus taktischen Gründen abgelehnt wird, so könnte draussen im Lande und bei der Regierung der falsche Eindruck entstehen, als sei der Parteitag im Grunde mit der Notverordnung einverstanden. Ich verstehe nicht, wie die Antragsteller diese politische Wirkung übersehen konnten. (Lebhafte Zustimmung) Ich weiss nicht, ob absichtlich oder unabsichtlich. Jedenfalls ist der einzig politische verständliche Weg einer Abstimmung über diese Resolution überhaupt nicht vorzunehmen. (Sehr richtig)

Aufhäuser appelliert an die Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen.

Wels: Ich schlage vor, durch Annahme der beim Bericht der Reichstagsfraktion vorgelegten Resolution Aufhäuser diese Angelegenheit als erledigt zu betrachten.

Parteitag, Blatt 6.

Unter stürmischem Beifall wird dieser Antrag Wels gegen wenige Stimmen angenommen.

Bartels nimmt in seinem Schlusswort Stellung zu den sonst noch vorliegenden Anträgen. Auf Grund seiner Vorschläge wird der Antrag 205 angenommen. Abgelehnt werden die Anträge 128, 129, 207, 137, die Anträge 138 bis 152 zum Organisationsstatut, 162 und 166 bis 168. Dem Vorstand überwiesen werden die Anträge 115, 121, 122, 124, 133, 155 und 156.

Hierauf erstattet den Bericht der Beschwerdekommision Krüger-Brandenburg Vier Beschwerden gegen Ausschlüsse werden zurückgewiesen. Dem Urteil des Schiedsgerichts gegen Schünig-Berlin, das ihm eine Rüge ausspricht, und ihm auf die Dauer von drei Jahren das Recht aberkennt, Parteiämter zu bekleiden, stimmt der Parteitag zu. Die von der Kontrollkommission vorgeschlagene Entlastung wird einstimmig ausgesprochen.

Es folgen verschiedene Anträge. Ein Antrag Berlin zugunstender Dissidenten wird dem Parteivorstand überwiesen, der mit den Landtagsfraktionen entsprechende Schritte einleiten soll. Einige Esperanto-Anträge werden abgelehnt, da sie nicht Aufgaben der Partei betreffen. Die Anträge für den nächsten Parteitag werden dem Parteivorstand überwiesen.

Vorsitzender Lipinski: Damit ist Tagesordnung und Arbeit des Parteitages erledigt.

Vorsitzender Wels:

Ich bedauere, dass wir am Sonntag heiser geworden sind; aber ich war auch schon früher kein Tenor (Heiterkeit). Trotzdem wird dieser Parteitag für jeden von uns innerlich ein starkes Erlebnis sein. Denn er hat die innere Festigkeit und Geschlossenheit stärker zum Ausdruck gebracht als irgend einer seiner Vorgänger (allseitige lebhaftige Zustimmung). Es ist mir ein wirkliches Herzensbedürfnis, zunächst den Leipziger Parteigenossen für ihre Arbeit im Interesse der Gesamtpartei zu danken (Beifall). Zuerst dem Lokalkomitee und den Ordnern, denen ich sagen möchte: Solange ich noch mit Menschen schimpfe, bin ich ihnen nicht böse (grosse Heiterkeit)! Der Auftakt zum Parteitag ist seit Kiel ein anderer geworden. Wir hatten gedacht, Kiel wäre nicht zu überbieten, aber Magdeburg hat es übersteigert, und jetzt haben Leipzig und Sachsen den Parteitag zu einer Volkstagung im wahrsten Sinne des Wortes gemacht. Der Leipziger Parteitag hat bewiesen, dass die Kraft der Partei gewachsen ist, dass ihr immer neue Kraft zuwächst, weil sie im Volke wurzelt und vom Volk getragen wird. Und so ist der Leipziger Parteitag das wahre Parlament der Arbeiterklasse, ein wahres Volksparlament geworden (Stürmischer Beifall)! Ich danke den Arbeitersängern, ich danke den "Roten Spatzen" für die Freudigkeit und Anregung, ich danke den zehntausend Jugendgenossen für den Fackelzug. Licht in die Finsternis zu tragen, das ist das Symbol des Sozialismus. Licht in das Elend der Massen, Licht in den Stumpfsinn der Hirne zu tragen, ist das Ideal des Sozialismus. Kinderfreunde, Gewerkschafts-genossen, Sportorganisationen, Reichsbanner, Genossenschaftler, Arbeiter-Radiobund, sie alle haben in hingebungsvoller Aufopferung freudiger Arbeit zum Gelingen des Parteitages beigetragen! (Beifall).

Ueber unseren Verhandlungen lag der Schattender schwersten Wirtschaftskrise. Das arbeitende Volk trägt hart an der furchtbaren Arbeitslosigkeit, an der grausamen seelischen Not; es leidet unter der unausgesetzten Verschlechterung seiner sozialen Lage. Durch jeden Tagesordnungspunkt, durch jede Rede zog sich der Gedanke: wo ist der Ausweg, wo ist die Rettung? In solchen Zeiten wächst der Wunderglaube, wächst die Sehnsucht nach dem Retter, nach dem Messias, nach dem Dritten Reich (Heiterkeit). Die Sozialdemokratie lehnt den Wunderglauben ab; sie sagt den arbeitenden und leidenden Menschen, dass sie nicht von oben her, nicht von einem braunen Palast beglückt werden können; sie sagt den Massen, die Rettung liegt in euch selbst, nur ihr könnt sie zum Leben erwecken! (Stürmischer Beifall). Nur eure Kraft bringt euch die Rettung, nur

euré Kraft schafft die Organisationen, nur dort formt sich der Wille, nur ihr selbst könnt euch eine bessere Zukunft schaffen. Von diesem Geist waren unsere Verhandlungen getragen und erfüllt. Meinungen sind manchmal hart aufeinandergeplatzt. Ich gehöre nicht zu den nervösen Leuten (grosse Heiterkeit), die aus einem bösen Wort gleich auf eine böse innere Veranlagung schliessen. Ich weiss, dass mancher, der milde redet, wenn es zum Letzten kommt, hinter dem Freund der starken Worte nicht zurückstehen wird. Aber ich weiss vor allem, dass bei aller Verschiedenheit im Ton wir alle von dem Gedanken erfüllt waren, der Partei und damit der gesamten Arbeiterklasse zu dienen. Nur der eine Wille hat uns beseelt: Wege zum neuen Aufstieg der Arbeiterklasse, Wege zur Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu finden! (Lebhafte Zustimmung)

Die Hauptfrage des Parteitages ist die gewesen, ob unsere Politik nach dem 14. September richtig war, ob wir in der Tolerierung Brüning's nicht den Klassenkampf verletzt haben. Ich darf noch einmal an die Kundgebungen erinnern, die den Parteitag begleitet haben. Nicht, wenn wir im Reichstag verhandeln, ob wir Brüning dulden oder stürzen, wird der Klassenkampf entschieden. Klassenkampf ist, wenn der unbekannte Funktionär mit dem Unternehmer um 2 Pfg. Lohn ringt, immer in der Gefahr, aufs Pflaster zu fliegen; Klassenkampf ist, wenn der Gemeindevertreter um jede Mark Unterstützung für die Opfer der Wirtschaftskrise, der Arbeit und des Alters feilscht; Klassenkampf ist, wenn der Proletarier nicht an die eigene Not denkt, sondern unermüdlich neue Kämpfer für die Partei, die Gewerkschaften und die anderen Organisationen wirbt. Klassenkampf ist die kleinste Gründung der kleinsten Ortsgruppe im kleinsten Ort. Klassenkampf ist, wenn Arbeiter und Angestellte, Jungen und Mädels in gewaltigen Kundgebungen die Forderungen des Sozialismus verkünden. Von diesem wirklichen Klassenkampf bleibt unsere ganze Arbeit jederzeit erfüllt. (Stürmischer Beifall!)

Ob wir Brüning tolerieren oder nicht - was die jetzige Reichsregierung tut, tut sie auf eigene Verantwortung. Wir sind nur zu dem Einen entschlossen: die Interessen der arbeitenden Klassen mit aller Rücksichtslosigkeit und Konsequenz zu vertreten! Gleichviel, wie lange wir Herrn Brüning tolerieren, wir empfinden zu ihm keine Spur von Zuneigung (sehr wahr). Aber in der Politik entscheidet nicht Liebe oder Hass, sondern für uns nur das Interesse der Arbeiterklasse. Wir werden die Fraktion zusammenberufen und ihre Entscheidung wird so ausfallen, wie es den Interessen der breiten Massen entspricht. Ob sich eine Änderung unserer politischen Linie jetzt oder später notwendig macht, stets muss die Partei auf dem Posten sein und die Waffen scharf halten zum Schlagen auf alle Feinde der Arbeiterklasse. (Sehr wahr, sehr gut!) Die Partei wird den Entscheidungskampf nicht führen, wenn es den Feinden der Arbeiter beliebt. Die Sozialdemokratie wird aufs stärkste bemüht bleiben, selbst den Zeitpunkt festzusetzen, an dem sie zum Schlage ausholt. Wir werden uns Zeit und Form des Kampfes nicht vom Feinde aufzwingen lassen. Der Parteitag hat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, dass unsere parlamentarischen Vertretungen einheitlich abzustimmen haben. Die höchste Instanz der deutschen Arbeiterklasse hat damit zum Ausdruck gebracht, dass in den jetzigen schweren Zeiten die Disziplin noch fester sein muss, als je zuvor. Die Sozialdemokratische Partei ist eine Kampfgemeinschaft und kann nur bestehen bei strenger Disziplin und festem Zusammenschluss. Vor dem Kampf wollen wir uns die Köpfe über die beste Taktik zerbrechen, im Kampf gibt es keine Diskussion mehr, da wird gehandelt, da wird geschlagen! (Lebhafter Beifall). Das gilt für jeden Parteigenossen; das gilt doppelt und hundertfach für die, denen das Vertrauen der Partei die höchsten Ehrenämter übertragen hat (sehr wahr)!

Mit Liebe und Verständnis hat der Parteitag alle Fragen der Jugend erörtert. Aber es ist ja nicht so, als ob jetzt erst die Partei die Bedeutung

der proletarischen Jugend erkannt hätte! Vor Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie als erste politische Partei Deutschlands Organisationen der Jugend ins Leben gerufen. Schon damals hat sie der Arbeiterjugend zugerufen, dass sie am Kampf der Arbeiterklasse teilnehmen muss. Wir haben in unserer Partei mehr Jugendliche, als die anderen Parteien in Deutschland überhaupt Mitglieder haben (sehr wahr). Wir sind und bleiben die Partei des arbeitenden Volkes in allen seinen Lebenslagen. Nur wir wollen, nur wir können die neue, höhere, bessere Gesellschaftsform des Sozialismus erringen! (Lebhafter Beifall)

Getragen von diesem Ziel wollen wir jetzt zur Arbeit zurückkehren. Sie wird nicht immer leicht und erhebend sein; es werden Stunden kommen, in denen an unsere Ueberzeugungskraft und Willensstärke die höchsten Anforderungen gestellt werden. Aber wo wir auch immer stehen, im Betrieb, in der parlamentarischen Körperschaft oder im öffentlichen Amt - der Gedanke, den Sozialismus vorwärts zu tragen und die arbeitende Menschheit zu befreien, wird uns leuchtend voranstreben. Mit neu verschärfter Kraft wollen wir werben und wirken, den zweiten Mann, die zweite Frau gewinnen. Die Armee der Arbeit steht fest formiert einig und geschlossen da zur Abwehr, zum Angriff. In lückenloser Fron wird die Sozialdemokratie allen Feinden die Stirne bieten. Hinaus denn zu neuem Kampf und Sieg! Die Trommel gerührt und hoch die Fahne! Es lebe der Freiheitskampf des arbeitenden Volkes, es lebe die deutsche Sozialdemokratie, es lebe die Sozialistische Arbeiter-Internationale! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Parteitag stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein und singt die Arbeiter-Marsailleise.

Otto Wels: Damit ist der Parteitag geschlossen. Schluss: 13,45 Uhr.

Sozialistische Bildungsarbeit.

SPD. Der Parteitag hat auf Antrag von Parteivorstand und Parteiausschuss die folgenden Richtlinien für die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Arbeitskreise angenommen:

1. Zur Herbeiführung grösserer organisatorischer Einheitlichkeit und sachgemässer Mitarbeit in der Partei und zur wirksameren Werbung wird der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit die Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen, Ärzte, Juristen, die Sozialistische Hochschulgemeinschaft und ähnliche Arbeitskreise in geeigneter Weise in sein Arbeitsgebiet einbeziehen.

2. Im Rahmen des Reichsausschusses nehmen die Arbeitskreise an den allgemeinen Aufgaben der sozialistischen Bildungsarbeit teil. Daneben sollen sie im Zusammenwirken mit dem Reichsausschuss auf Grund ihrer sachlichen Eignung die besonderen Aufgaben fördern, die der Partei aus dem Erziehungs- und Schulproblem, aus der Rechtspflege und dem Verwaltungsproblem, aus dem Gesundheitswesen und aus sonstigen Sonderproblemen des öffentlichen Lebens erwachsen. Zu diesen Zwecken können mit Zustimmung des Reichsausschusses fachliche Arbeitsgruppen gebildet, Bildungskurse eingerichtet, Gutachten erstattet, Sonderberatungen veranstaltet und sonstige geeignete Massnahmen getroffen werden. Falls der Partei dadurch Kosten entstehen, ist in jedem Einzelfall die Zustimmung des Reichsausschusses notwendig.

3. Für die Arbeitskreise gelten folgende Bestimmungen:

Ihre Mitglieder müssen der Partei angehören, sie haben in ihren Kreisen neue Mitglieder für die Partei zu werben, Rundschreiben der Arbeitskreise sind dem Reichsausschuss regelmässig zuzusenden, wichtige Veröffentlichungen

vor der Weitergabe an die Presse.

4. Die Zusammenfassung der Arbeitskreise nach Orten oder Bezirken richtet sich nach den Bedürfnissen und ist an die Zustimmung der zuständigen Parteinstanzen gebunden. Sie hat innerhalb der Orts- und Bezirksbildungsausschüsse zu erfolgen.

5. Die "Sozialistische Bildung" ist gemeinsames Organ der Arbeitskreise.

Ebenso wurden auf Antrag von Parteivorstand und Parteiausschuss die folgenden Richtlinien für eine sozialistische Hochschulgemeinschaft angenommen:

1. Die Sozialistische Hochschulgemeinschaft will die Hochschulpolitik der Sozialdemokratischen Partei fördern und ihre studierende Jugend geistig, gesellschaftlich und wirtschaftlich stützen.

2. In die Sozialistische Hochschulgemeinschaft werden alle bestehenden oder in Bildung begriffenen Vereinigungen eingegliedert, die die sozialistischen Studenten und ihre Einrichtungen unterstützen oder die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der sozialistischen Praxis fördern sollen.

3. Mitgliedschaft in der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft setzt die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei voraus. Die Satzungen der Sozialistischen Studentenschaft bleiben hiervon unberührt.

4. Die Organe der Sozialistischen Hochschulgemeinschaft sind: das Präsidium, der Arbeitsausschuss, der Sozialistische Hochschultag.

Das Präsidium, an dessen Spitze ein Hochschullehrer stehen soll, beruft der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Der Arbeitsausschuss besteht aus 15 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden vom Sozialistischen Hochschultag gewählt, davon müssen 4 dem geschäftsführenden Hauptvorstand der Sozialistischen Studentenschaft angehören. Weitere 7 Mitglieder beruft das Präsidium. Den Vorsitz führt der Präsident; er bestellt als ständigen Vertreter ein Mitglied des Präsidiums.

Der Sozialistische Hochschultag wird von Präsidium und Arbeitsausschuss einberufen.

Aus aller Welt

Immer höher!

Do X soll übertrumpft werden - Piccard-Echo in England - Ein neuer Mars-Professor.

SPD. London, Anfang Juni (Eig. Ber.)

Die in 13 Flugstunden erfolgte Ueberquerung des Südatlantik durch das Riesenflugboot Do X, das am Freitag morgen in Fernando de Noronha, einer der brasilianischen Küste vorgelagerten Insel, eintraf, hat in England bedeutend das Interesse an den eigenen Flugbootplänen verstärkt. Auch hier soll demnächst einer jener fliegenden Giganten in Dienst gestellt werden und zwar voraussichtlich für den ständigen Verkehr mit Indien. Die neue Maschine soll das luxuriöseste Flugboot der Welt werden und den deutschen Rivalen an Komfort und Leistung übertreffen. General W. Caddell von der Vickers Aviation Company, die das Flugboot in Southampton im Auftrage des Luftfahrtministeriums baut, gab der Presse einige interessante Informationen.

Sechs Rolls Royce-Motoren!

"Grösse und Energie werden der des Do X entsprechen", erklärte General Caddell, "aber unsere Maschine hat nur halb so viele Motore und befördert mehr Passagiere. Sechs Rolls-Royce-Motore vom Typ "Buzzard" leisten je tausend PS. Die durchschnittliche Geschwindigkeit wird 190, die Höchstgeschwindigkeit 230 km in der Stunde erreichen. Das Flugzeug kann vierzig Personen tragen; dazu kommt eine Besatzung von sieben Mann. Do X hatte bei seinem Ozeanflug insgesamt 13 Personen an Bord; 4 Mann mussten auf den Kap Verdischen Inseln zurückbleiben. Bei voller Besatzung kann es Betriebsstoff für einen Aktionsradius von 1600 Kilometern mitführen. Ohne Passagiere an Bord würde Betriebsstoff für einen Non-stop-Flug von Europa nach Amerika mitgeführt werden können. Eigene Schlafkojen sowie Aufenthaltsräume für die Passagiere stehen zur Verfügung; ferner wird das Flugzeug eine Küche und ein geschlossenes Deck für Kapitän und Piloten enthalten. Die Maschine ist fast durchwegs aus Stahl konstruiert. Wir hoffen, im nächsten Frühjahr mit den ersten Probeflügen beginnen zu können."

Soweit General Caddell, dessen Ausführungen in der englischen Presse mit grosser Begeisterung kommentiert wurden.

Interview mit Professor A.M. Low

Selbstverständlich hat auch die Piccard-Expedition in die Stratosphäre zu den ausführlichsten Diskussionen in der englischen Presse Anlass gegeben. "Sechzehn Kilometer - so niedrig dürfen wir die Grenze, die der Mensch im Ballon erreichen kann, nicht ansetzen," erklärte z.B. Professor A.M. Low, einer der bekanntesten englischen Physiker und Meteorologen, kürzlich einem Reporter. "Der einzige Faktor, der die Steigfähigkeit begrenzt, ist allein die zunehmende Verdünnung der Luft. Die Erdatmosphäre erstreckt sich jedoch auf zwanzig Kilometer, und ich glaube, hier dürfen wir die Grenze ziehen, wenn auch nur ein Ballon von ungeheuren Ausmassen diese Höhe erreichen kann. Es ist natürlich ohne weiteres möglich, die Höhe von zwanzig Kilometern mit unbemannten Ballons zu erreichen, die automatisch registrierende Instrumente mitführen und wissenschaftlich wertvolle Ergebnisse herunterbringen, ohne dass ein Menschenleben dabei aufs Spiel gesetzt würde. Aber Professor Piccard hat sein Abenteuer wohl nicht unternommen, nur um eine Tat zu vollbringen, die noch kein Mensch vor ihm gewagt hat. Eine Reihe der gemachten Beobachtungen hätten von automatischen Apparaten nicht registriert werden können; die dazu nötigen Instrumente gibt es noch nicht, wenn man sie auch eines Tages erfinden wird. Spektroskopie-

sche Beobachtungen zum Beispiel, die auf der Erde vorgenommen werden, leiden unter der Verunreinigung der unteren Atmosphäre durch Rauch, Nebel, Wolken usw. Eine Tat wie die Piccards, mit dem gleichen ausgezeichneten Erfolg, erweitert stets die Grenzen wissenschaftlichen Denkens.

Mit der Rakete ins Weltall!

"Es hat sich bereits ein Mann bei mir gemeldet", fährt Professor Low fort, "der mich gebeten hat, ihm einen Apparat zu konstruieren, mit dem er fünfmal so hoch aufsteigen will als Piccard. Ich soll ihm eine Rakete entwerfen, mit Sauerstoffbehältern und einem Fallschirm, damit er wieder zur Erde zurückkommen kann. Theoretisch ist dieses Projekt ausführbar, und Vorversuche auf der ganzen Welt haben gezeigt, dass sich Wege zu seiner Durchführung finden lassen. Die alten Pläne, den Mars oder den Mond oder ein anderes Gestirn zu erreichen, scheinen wieder aufzuleben. Sie mögen wildromantisch und undurchführbar sein - aber es ist sicher, dass die ernsthafte Wissenschaft aus derartigen Ideen Nutzen zu ziehen vermag."

Auch die englischen Behörden zeigen grosses Interesse an Piccards Ergebnissen. Das meteorologische Institut des Luftfahrtministeriums wartet mit Spannung darauf. Es teilte mit, dass es selbst viele Ballonaufstiege zu Beobachtungszwecken durchführe; Ballons, die mit automatischen Instrumenten ausgerüstet sind und nach Erreichen einer bestimmten Höhe absteigen, werden von Zeit zu Zeit abgelassen. Sie konnten aber bisher nur zwölf Kilometer erreichen.

-rg-

+ + +

Offenbarungseid Urbans! Der vom Berliner Schwurgericht wegen Ermordung des Neuköllner Kinodirektors Schmoller zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Artist Karl Urban leistete am Freitag vor dem Moabiter Gericht den Offenbarungseid. Im Armenrecht hat die Witwe des Ermordeten gegen Urban ein Urteil auf Zahlung von 645 Mark Schadenersatz erwirkt. Die Zwangsvollstreckung verlief fruchtlos - infolgedessen musste Urban den Offenbarungseid leisten. Er erklärte, dass die 400 Dollar, die er bei seinem amerikanischen Gastspiel erspart habe, verbraucht seien. Sein einziger Vermögenswert sei eine Nickeluhr und ein silberner Taschenbleistift. Bevor er wieder abgeführt wurde, bat er noch den Frau Schmoller vertretenden Anwalt, auf Frau Schmoller in dem Sinne einzuwirken, dass sie ein Gnadengesuch, das er später einreichen wolle, unterstützen möge. Sobald er in Freiheit sei, habe er die Absicht, für Frau Schmoller und ihr kleines Kind zu sorgen.

+ + +

Wie man "segelfliegt". Am Freitag vormittag segelte der Darmstädter Segelflieger Herbert Fuchs mit seinem Segelflugzeug, das von einer leichten Sportmotormaschine in eine Höhe von 600 Metern geschleppt worden war, 37 Minuten lang über Berlin, wobei er zum Teil die Höhe von 1 000 Metern erreichte. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 65 Kilometer. Nach der Landung gab Fuchs über seine Flugmethode den Vertretern der Presse nähere Aufklärungen. Seine "Maschine", die eigentlich mehr ein Drachen ist, ist aus blankem Sperrholz erbaut. Einmal in die Luft geschleppt, ist es dann die erste Aufgabe des Piloten, ein sogenanntes "Aufwindgebiet" zu finden. Man fliegt zunächst einen geraden Strich in die Luft hinein und merkt dann rein gefühlsmässig oder auch am Höhenmesser, ob man eine nach oben drängende Luftströmung unter die Flügel bekommt. Ist das Aufwindgebiet von grösserem Raum, sind zunächst alle Schwierigkeiten überwunden. Im übrigen sind in bergigen Gegenden Aufwinde immer vorhanden, während in der Ebene und besonders über Grosstädten mehr thermische Winde, die durch Bodenerwärmung usw. entstehen, in Frage kommen. Geübte Segelflieger können bereits aus bestimmten Wolkenbildungen das Vorhandensein von Aufwinden erkennen.

+ + +

Nautilus-Start. Am Freitag ist von Provincetown (Massachusetts) das amerikanische U-Boot "Nautilus" nach London in See gegangen; von London aus wird anschliessend die Weiterreise nach Spitzbergen stattfinden. Vor der ohne jede Zeremonie verlaufenen Ausfahrt nahm das Schiff etwa 77 000 Liter Brennstoff an Bord. Diese Menge reicht für eine Fahrt von 6 bis 8 000 Kilometern. Die letzten Tauch- und Geschwindigkeitsversuche hatten ausgezeichnete Ergebnisse gezeitigt. Vor der Abfahrt erklärte Kapitän Wilkins noch: "Lange Jahre der Erfahrung haben mich gelehrt, dass in der Arktis niemand wartet. Wenn wir unser Stelldichein am Nordpol mit Dr. Eckener halten wollen, so müssen wir uns nach Kräften beeilen. Wir hoffen, bei unserer Rückkehr eine grosse Menge wertvoller wissenschaftlicher Feststellungen mitzubringen."

+ + +

Die Mörder des Schupos. Die eingehenden Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei über den Feuerüberfall am Senefelder Platz in Berlin, bei dem der Polizeihauptwachtmeister Zänkert tödlich getroffen wurde, haben ergeben, dass die Tat planmässig vorbereitet worden ist. Die festgenommenen sechs Personen, die Mitglieder der KPD, zum Teil frühere Mitglieder des RFB und anderer kommunistischer Unterorganisationen sind, wurden dem Vernehmungsrichter vorgeführt.

+ + +

Verurteilter Rekordeinbrecher. Der Rekordeinbrecher Leese aus Stiepel bei Bochum wurde vom Schöffengericht in Aachen wegen zahlreicher Einbrüche zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei Mitangeklagte erhielten Gefängnisstrafen von acht Monaten bis zu drei Jahren.

+ + +

Tragischer Irrtum. Auf der Fahrt von Erkelenz nach Rheindahlen bei Gladbach-Rheydt wollten in der Nacht zum Freitag Zollbeamte einen Kraftwagen anhalten und auf Schmuggelware untersuchen. Die Insassen des Wagens hielten die Beamten für Strassenräuber und suchten in voller Fahrt zu entkommen. Nun schossen die Beamten hinter dem Wagen her. Ein Schuss traf ein Vorderrad des Wagens, der daraufhin mit voller Wucht gegen einen Baum sauste und zertrümmert wurde. Die Insassen des Wagens, ein Ehepaar aus Rheydt, sowie der Chauffeur wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

+ + +

Sarkophag beraubt. Ein schwerer Einbruch wurde in Jahnsfelde (Kreis Landsberg/Warthe) im Mausoleum der Familie des Freiherrn von Carnap verübt. Die Täter, von denen vorläufig jede Spur fehlt, haben den Sarkophag der Freifrau Marthe Luise von Carnap, die in erster Ehe mit einem ägyptischen Prinzen, einem Vetter des Königs Fuad, verheiratet war, aufgebrochen und beraubt. Es fehlen ein mit Edelsteinen besetztes Armband und andere kostbare Juwelen. Die einige Zeit nach Kriegsende verstorbene Freifrau von Carnap war vor drei Jahren in der Jahnsfelder Familiengruft beigesetzt worden.

+ + +

Flugzeugkatastrophe. Ueber dem Lago Maggiore stürzte ein mit einem russischen Ingenieur bemanntes Wasser-Flugzeug ab. Der Unfall verlief tödlich.

+ + +

Verschüttet. Auf der Ruhr-Zeche Lohberg der Vereinigten Stahlwerke A.G. wurden zwei Bergleute von herabstürzenden Gesteinsmassen verschüttet und getötet.

+ + +

Autokatastrophe. An einer Strassenkreuzung in der Nähe von Schleswig kam es zu einem Zusammenstoss zwischen einem Auto und einer elektrischen Schnellbahn. Das Auto stürzte um; einer der Insassen wurde getötet, vier weitere erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

=====



Verspätet.

Schlussgutachten der Brauns-Kommission.

SPD. Am Freitag ist das dritte Teilgutachten der Arbeitslosenkommission veröffentlicht worden. Für eine eingehende kritische Stellungnahme kommt es zu spät; denn die Würfel sind ja bereits gefallen. Die Notverordnung kommt am Sonnabend zur Veröffentlichung. An dem Gang der Dinge kann also durch Kritik an dem Gutachten doch nichts mehr geändert werden. Die öffentliche Kritik wird sich jetzt mit der Notverordnung selbst zu befassen haben.

Die Veröffentlichung des Gutachtens genau ein Tag vor der Veröffentlichung der Notverordnung ist sicherlich kein blinder Zufall. Zweifellos befürchtete die Regierung von einer früheren Veröffentlichung eine Erschwerung ihrer Entscheidung über die Neuregelung des Arbeitslosenschutzes. Sie hätte an der mit der Veröffentlichung naturgemäss sofort einsetzenden Kritik nicht achtlos vorübergehen können. Die Vorschläge der Gutachterkommission blieben daher zunächst im Dunkel. Eine frühere Veröffentlichung hätte auch für die Regierung die Gefahr heraufbeschworen, dass sich ihre Entscheidung unter Umständen allzu stark von den Vorschlägen der Gutachter entfernte. Um dem vorzubeugen, machten sich ja sehr bald in der Brauns-Kommission starke Einflüsse der an der Arbeitslosenfrage beteiligten Ressorts geltend. Die Folge davon war, dass das Gutachten im Grunde genommen eine Art stillschweigender Kompromiss zwischen dem Sachverstand der Kommission und dem Willen der Regierung darstellt. Es ist also nicht verwunderlich, wenn im wesentlichen die Gedangengänge des dritten Teilgutachtens in die Notverordnung übergegangen sind. Vor allem gilt das hinsichtlich der Ersparnismassnahmen auf Kosten der Arbeitslosen.

Die Gutachter empfehlen in ihrer Mehrheit für den Augenblick nicht die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge. Sie befürworten die Anpassung der Krisenfürsorge an die gesteigerte Notlage, lehnen aber einen unmittelbaren Uebergang der Ausgesteuerten in die öffentliche Fürsorge unter Fortfall der Krisenunterstützung ab. Sie fordern eine Verlängerung der Wartezeit und zwar bei den Arbeitslosen ohne zuschlagberechtigte Angehörige von 14 auf 21 Tage, bei Arbeitslosen mit 1 bis 3 zuschlagberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 und bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr zuschlagberechtigten Angehörigen von 3 auf 7 Tage. Die Kommission ist der Auffassung, dass als Notmassnahme auch eine zeitweilige Senkung der Unterstützungssätze in Betracht gezogen werden müsse, wobei zu dem den Arbeitslosen zugemuteten Opfern auch ein Opfer des Teils der Bevölkerung zu treten habe, der sich noch in günstigeren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen befinde. Darüber hinaus schlägt - was besonders zu beachten ist - die Kommission auch vor, der Reichsanstalt für den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung eine gewisse Autonomie einzuräumen. Mit andern Worten: der Vorstand der Reichsanstalt soll, wenn die Arbeitslosenziffer steigt und die Unterstützungsmittel nicht reichen, die Leistungen senken. Man darf darauf gespannt sein, ob auch die Notverordnung derartige für die Zukunft gefährliche Dinge enthält. Für die Saisonarbeiter fordert die Kommission, die Anwartschaftszeit von 26 auf 30 Wochen zu verlängern, die Höchstbezugsdauer von 26 auf 20 Wochen zu kürzen und die Unterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung zu senken. Das bedeutet eine Schlechterstellung der Saisonarbeiter ganz allgemein über die Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit hinaus. Die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter

sollen grundsätzlich aus der Unterstützung herausgenommen werden. Eine weitere Senkung der Leistungen in der Krisenfürsorge befürwortet die Kommission nicht.

Die Kommission hatte, als sie den Abschluss ihrer Arbeit betrachtete, anscheinend kein gutes Gewissen; denn sie versichert, sie habe durch ihre beiden früheren Teilgutachten bereits mit aller Deutlichkeit gezeigt, "dass sie nicht gewillt sei, die Massenarbeitslosigkeit als ein unabwendbares Schicksal anzusehen, dem wir ohnmächtig gegenüberstehen". Was sollen derartige Trost-Phrasen in einem Augenblick, wo die Sanierung des Arbeitslosenschutzes fast nur zu Lasten der Arbeitslosen und ihrer Leidensgefährten im Betrieb zu lösen versucht wird?

SPD. Der Kongress der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, der dieser Tage in Paris stattfand, nahm einen furchtbaren Verlauf. Die dem Kongress erstatteten Situationsberichte legten ein erschütterndes Zeugnis ab von den verheerenden Folgen der Wirtschaftskrise für die Angestellten der Hotel- und Gastwirtsbranche. Die Dauerarbeitslosigkeit hat so manche Gaststätte bankrott gemacht. Die Leidtragenden sind die gastwirtschaftlichen Angestellten.

Angesichts der drückenden Arbeitslosigkeit, die in fast allen Ländern herrscht, war damit zu rechnen, dass die Behandlung der Frage "Zulassung und Kontrolle ausländischer Arbeitnehmer" wie Sprengpulver wirken würde. Die Delegierten waren sich jedoch darüber vollkommen im klaren, dass mit nationalistischem Geschrei ihren arbeitslosen Landsleuten nicht geholfen wird. Sie waren einmütig der Auffassung, das Arbeitslosenproblem der Gastwirtsangestellten könne nicht dadurch gelöst werden, dass in jedem Land die zufällig dort befindlichen ausländischen Arbeitnehmer abgeschoben werden und dann die betroffenen Länder mit Repressalien antworten. Andererseits hat der Kongress gegen den tatsächlich vorhandenen Missbrauch in der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer von den Regierungen Abhilfe gefordert und auch entsprechende Beschlüsse zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Weg der Selbsthilfe gefasst.

Zu dem Punkt "Die Stellenvermittlung für die gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer" lag eine Fülle von Material aus allen Ländern der Welt vor. Die Quintessenz des Materials war, dass gesetzliche Regelungen allein noch nicht genügen, sondern auch wirtschaftliche Organisationen vorhanden sein müssen, die die Durchführung eines Gesetzes überwachen. Die deutschen Delegierten waren in der angenehmen Lage, darauf hinweisen zu können, dass in Deutschland die gewerbsmässige Stellenvermittlung ab 1. Juli gesetzlich verboten ist. Die Delegierten der übrigen Länder verpflichteten sich, dafür einzutreten, dass nach deutschem und österreichischem Vorbild die gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung ausgebaut und die Frauen und Jugendlichen stärker zur Organisation herangeholt werden.

Der verdiente internationale Sekretär der Union, Ströhlinger-Berlin, der wegen seines Alters zurücktreten wollte, wurde unter starker Zustimmung durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Er wird bis auf weiteres im Interesse der internationalen Zusammenarbeit der Hotelangestellten die Union führen.

SPD. In der niederländischen Seeschifffahrt droht ein grosser Arbeitskampf auszubrechen. Der Tarifvertrag läuft am 1. Juli ab. Die Reeder verlangen einen Lohnabbau von 10 bis 15%. Die durchschnittliche Monatsgage eines verheirateten Matrosen beträgt 100 Gulden, wovon der Frau pro Woche 18 Gulden ausgezahlt werden. Der Transportarbeiterverband hat sich bereits auf eine scharfe Abwehr eingestellt.



Mansfeld A.-G.

(Ein ganzes Wirtschaftsgebiet von der Stilllegung bedroht.)

SPD. An die Braunkohlengruben im Revier von Halle und Merseburg hängt sich nach Nordwesten das Mansfelder Erzgebiet. Seit Jahrhunderten hat man hier Kupferschiefer gefördert und verhüttet. Mittelpunkt und wirtschaftliches Zentrum des Reviers, das landschaftlich seltene Reize bietet, ist Eisleben, die Geburtsstadt des Reformators Luther, der vor 400 Jahren von hier aus seinen Feldzug gegen das Papsttum begann und den Protestantismus begründete. Auch Luthers Vater war Bergknappe.

Wie überhaupt heute noch jeder zweite der Bevölkerung als Bergarbeiter, als Handwerker, Beamter oder Angestellter bei der Mansfeld Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb beschäftigt ist, die den Bergbau im Laufe der Jahre zusammengefasst und zusammengeschlossen hat, daneben treibt man Landwirtschaft, die sich zum Teil auf Samenzucht spezialisiert hat, aber bei weitem nicht ausreicht, die verhältnismässig dicht sitzende Bevölkerung zu ernähren. Was nicht bei Mansfeld arbeitet oder Landwirtschaft treibt, ist kleiner Handwerker, Kaufmann usw. Nach einem bekannten Wort lebt die eine Hälfte der Bevölkerung davon, dass sie der anderen, bei Mansfeld beschäftigten Hälfte die Wäsche wäscht. Die Mansfeld A.G. beherrscht das Gebiet. In den Dörfern und Dörfchen sitzt ein selten guter Stamm von Qualitätsarbeitern, die schon frühzeitig für die moderne Arbeiterbewegung gewonnen wurden und in schlimmen Tagen gegen alle Anstürme von rechts und links, die gerade in diesem Gebiet von dem Radikalismus immer wieder mit seltener Heftigkeit versucht wurden, der Partei und den Gewerkschaften die Treue halten. Die Mansfeld A.G. selbst, ist ein äusserst vielseitiger Konzern, er hat Braunkohlengruben, Kalischächte, Salinen, sogar Steinkohlengruben in Westfalen, Verarbeitungsbetriebe usw. Aber die Hauptsache ist Kupfer. Aus drei modernen Schächten mit Belegschaften bis über 4 000 Mann und einer Tiefe von über 800 Metern werden jährlich rund 100 000 Tonnen Kupferschiefererze gefördert. Daraus gewinnt die Mansfeld A.G. etwa 21 000 Tonnen Kupfer, 110 000 Kilogramm Silber und fast 40 000 Tonnen Schwefelsäure. Auch Gold fällt, in kleinen Mengen, an. Um eine Vorstellung von den Grössenverhältnissen bei Mansfeld zu geben: 20 000 Tonnen Kupfer dürften etwa ein Zehntel des normalen Jahresbedarfs in Deutschland ausmachen. Bei einer Weltkupferproduktion im Jahre 1930 von fast 1 650 000 Tonnen will die Mansfelder Produktion sicherlich nicht viel besagen. Mansfeld ist aber der einzige Kupferproduzent in Deutschland. Das will bei einer passiven Handelsbilanz, die Deutschland in guten Konjunkturjahren eben hat, und bei einem Kupferpreis von fast 2 000 Mark pro Tonne, wie er in den hinter uns liegenden guten Konjunkturjahren erreicht wurde, schon was heissen. Immerhin sind bei der Mansfeld A.G. rund 13 600 Mann beschäftigt. Und dieses Gebiet wurde vor die Frage gestellt, ob man die Hütten stilllegen und die Schächte ersaufen lassen will. Man muss sich an den Gedanken erst gewöhnen. Dass man einzelne Betriebe stilllegt, damit hat man sich abgefunden. Hier soll ein ganzes Wirtschaftsgebiet stillgelegt werden.

Wenn die Mansfeld A.G. seit vorigem Jahr vom Reich und Preussen Subventionen nehmen muss, so erklärt sich das nicht allein durch die Tatsache, dass der deutsche Kupferbergbau, wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig bei uns, Opfer der grossen Preisrevolutionen auf den Weltmärkten geworden ist. Die Mansfeld A.G.

hat glänzende Jahre hinter sich, als der Kupferpreis auf 2 000 Mark pro Tonne schoss. Vielleicht hat sich das Unternehmen in dieser Zeit dazu verleiten lassen, die bei uns grassierende Mode der Ueberexpansion und die Manie mitzumachen, alles, was noch zu fusionieren und zu konzentrieren war, aufzukaufen. Vielleicht ist der Mansfeld A.G. die Partnerschaft mit dem rheinischen Grossindustriellen Otto Wolff nicht gut bekommen. Jedenfalls gibt es bei der Mansfeld Belastungen, die schwer drücken, und die wohl so zustande gekommen sein dürften, dass sich der ganz Grosse - das ist eben Otto Wolff - davon freimachte und sie der Mansfeld überliess, wo Otto Wolff Grossaktionär ist. Die konnte ja sehen, wie sie damit fertig wird. In einer Zeit, wo die Standesgenossen Otto Wolffs immer über das "System" schimpfen, gegen die "Eingriffe" des Staates in die Wirtschaft randalieren und die Wiederherstellung der "Wirtschaftsfreiheit" fordern, muss sich endlich auf die gute alte Vorkriegsgewohnheit in der deutschen Industrie verwiesen werden, wo die Aktionäre auch in schlechten Zeiten zum Unternehmen gehörten. Gerade in der Geschichte des Bergbaus gibt es Zeiten, wo Grossaktionäre sehr tief in die Tasche greifen mussten, um die gefürchteten Zubussen aufzubringen. Selbst, wenn sie dabei bankrott gingen. Hauptsache, dass das Unternehmen gerettet war. Von dieser alten soliden Auffassung hat man sich leider all zu weit entfernt. Um an den Zubussen vorbei zu kommen, lässt man sich gern die "Eingriffe", d.h. die Staatssubventionen gefallen.

Wenn das Reich und der preussische Staat an Mansfeld Subventionen zahlen, dann hängen die Beweggründe dafür mit den ungeheuren Preisstürzen auf den Rohstoffmärkten zusammen. Der Kupferpreis von fast 2000 Mark pro Tonne fiel um 300 Mark. Man dachte, das Internationale Kupferkartell, das ja besonders in Europa Kupferpreise "macht", wird den Preis schon wieder treiben. Das war 1929. Das nächste Jahr brachte eine Halbierung des Kupferpreises auf 1 000 Mark. Damals dachte man, jetzt sei der Tiefpunkt erreicht. Das war falsch gedacht. Der Preis fiel auf 800 Mark pro Tonne und in den letzten Tagen unter 800 Mark. Das bedeutet für den Kupferbergbau bei Mansfeld, dass der Verkaufspreis weit unter den Gestehungskosten liegt. Aehnlich steht es um den Silberpreis. In diesem Augenblick stellte die Mansfeld A.G. die Belegschaft vor die Forderung nach einem weitgehenden Lohnabbau und die Regierung vor die Entscheidung, Subventionen zu gewähren oder die Gruben zu schliessen. Der Lohnabbau konnte zum Teil abgewehrt werden. Trotzdem sind die Lohnopfer, die die Belegschaften bringen, äusserst schwer. Die Regierung aber musste in den sauren Apfel beiessen und entschloss sich zu Subventionen, um zu verhindern, dass ein ganzes Wirtschaftsgebiet stillgelegt und eine Bevölkerung nach Zehntausenden nicht dem Elend und der dauernden Arbeitslosigkeit überantwortet wird. Reich und Preussen haben geholfen, wie man einer Bevölkerung bei einer Naturkatastrophe beispringt.

Jetzt legt die Mansfeld ihren Abschluss für 1930 vor. Die Kupferproduktion hat sich mit 21 100 Tonnen etwa auf dem Vorjahrsstand gehalten. Die Silberproduktion ist von 123 000 Kilogramm auf 109 000 Kilogramm zurückgegangen. Zum ersten Mal ist auch bei Mansfeld die Braunkohlenförderung rückläufig. Der Gesamtertrag wird mit 7,8 Millionen Mark angegeben gegen 14,95 Millionen Mark im Vorjahr. Die allgemeinen Unkosten sind nur unwesentlich, von 6,85 Millionen Mark auf 5,89 Millionen Mark gesunken. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Jahre 1929 in Höhe von 130 000 Mark ergibt sich ein Verlust von 2,171 Millionen Mark. Dazu kommen 2,65 Millionen Mark Staatssubventionen, wodurch sich - allerdings ohne Berücksichtigung von Sonderabschreibungen - ein Gesamtverlust von fast 5 Millionen Mark ergibt.

Dieser Abschluss wird natürlich nicht überraschen. Wichtiger ist die Frage, wie das bei der Mansfeld A.G. einmal ausgehen soll. Bei dem Mansfeldkonzern handelt es sich um ein z.T. technisch geradezu glänzend ausgerüstetes Unternehmen. Man ist auch zweifellos bei Mansfeld bestrebt, diesen Apparata möglichst wirtschaftlich auszunutzen. So läuft ein gut durchdachtes Ausbauprogramm, das u.a. die Verbindung unter den zerstreut liegenden einzelnen Werken, Gruben, Hütten, Walzanlagen, Messingfabriken, Arbeitersiedlungen usw. durch Ein-

satz stärkerer Lokomotiven und Grossraumwagen verdichten und beschleunigen will. Man hat die Fabrikation von Pflastersteinen aus der bei der Kupfererzverhüttung anfallenden Schlacke - der Mansfeld'sche Pflasterstein ist ein ganz vorzügliches Material - ausgebaut und trägt sich mit der Hoffnung, in die Kleinpflasterung einzudringen. Man hat Exportverbindungen aufgenommen und führt die Mansfeld'schen Pflastersteine bis nach Holland und Frankreich aus. Wenn man hier zu Erfolgen gekommen ist und wenn sich in den letzten Monaten das Geschäft in den verschiedenen Abteilungen bei Mansfeld belebt hat, so ist das allein nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend ist und bleibt der Kupferpreis. Kein Mensch kann aber heute sagen, wie es mit dem Kupferpreis gehen wird. Von dem Kupferpreis hängt aber für Mansfeld und für die Bevölkerung im Mansfeldischen alles ab. Zu guterletzt nur eine Probe kapitalistischer Wirtschafts-anarchie. Das Unvermögen, den Markt mit der Produktion in Uebereinstimmung zu bringen, bedroht einen Wirtschaftsraum mit fleissigen und tüchtigen Menschen.

Vorläufig steht der preussische Staat für das Mansfelder Gebiet gerade. Eine Dauerlösung kann nur die Reorganisation der Metallmärkte bringen, die eine Frage der Ueberwindung der internationalen Wirtschaftskrise ist.

SPD. Im Herbst 1929 ist der Versicherungskonzern "Vaterländische und Rhenania" zusammengebrochen und wurde vom "Nordstern" = Versicherungskonzern übernommen. Der Nordsternkonzern bezifferte damals die Verluste der Vaterländischen auf 12 Millionen Mark. Nunmehr stellt sich heraus, dass die Verluste nicht weniger als 28 Millionen Mark betragen. Sie stellen sich also dem Favag-Krach (Frankfurter Lebensversicherung) würdig an die Seite. Die Verwaltung des Nordsternkonzern muss selbst eingestehen, dass die Verluste bei der Vaterländischen auf Leichtsinn, falsche Einschätzung und mangelnde Sachkunde zurückzuführen sind. Ein geradezu vernichtendes Urteil über jene kapitalistischen Wirtschaftsführer, die der Welt dauernd einreden wollen, dass die Wirtschaft ohne die Initiative der kapitalistischen Unternehmer nicht gedeihen könne.

Da der Nordsternkonzern die Verluste so ungeheuer unterschätzt hat, wird er durch ihre Höhe natürlich aufs schwerste betroffen. Allein die Differenz der Verluste, um die sich der Nordsternkonzern geirrt hat und die er nun allein tragen muss, ist doppelt so gross als das ganze Aktienkapital des Konzerns (Aktienkapital des Nordsternkonzerns = 8 Millionen, Verlustdifferenz = 16 Millionen). Die Folge davon ist, dass nicht bloss die Dividende bei Nordstern ausfallen muss - noch im Herbst des Vorjahres, als die Fusion mit der Vaterländischen schon über ein Jahr in Kraft war hatte die Nordsternverwaltung leichtfertigerweise eine Dividende von über 14 % versprochen - und stille Reserven in grosser Höhe aufgelöst werden müssen; der Konzern wird auch seinen Besitz an den Aktien der Nordsternlebensversicherung und der Concordialebensversicherung abstossen müssen.

Berliner Kartoffelnotierungen.

SPD. Grosshandelsnotierungen für Speisekartoffeln am 5. Juni. Gelbfleischige 3,90 - 4,20, weisse 1,80 - 2,05, rote 2,40 - 2,60, blaue 2,70 - 2,90 Mark für 1 Zentner. Die Preise gelten für in Berlin bahnstehende Ware bei Abschlüssen von mindestens einer Waggonladung.

Angebot weiter verknappt.

(Berliner Getreidebörse vom 5. Juni.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse zeigte sich zunächst eine etwas feste re Tendenz, sodass sich sowohl am Markte der Zeitgeschäfte als auch im Handel mit effektiver Ware Preisauflbesserung von etwa 2.- Mark für Roggen und Weizen ergab. Das Angebot war kleiner geworden und es zeigte sich eine etwas gebesserte Nachfrage. Im Verlauf der Börse flaute jedoch die Stimmung wieder ab, sodass sich am Schluss nur ein Teil der anfänglichen Preisgewinne zu behaupten vermochte. Dabei war die Umsatztätigkeit weiter recht gering; insbesondere war Getreide aus neuen Ernten nur wenig offeriert. Am Mehlmarkt zeigten sich keinerlei Veränderungen, die Nachfrage blieb weiter ausserordentlich klein bei ziemlich unveränderten Forderungen der Mühlen. Hafer war gleichfalls etwas fester veranlagt und konnte seinen Preisstand um ca. 1.-Mark verbessern.

	4. Juni	5. Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	268 - 270	270 - 272
Roggen	195 - 197	196 - 198
Futter- und Industrieroggen	210 - 226	210 - 226
Hafer	181 - 186	181 - 186
Weizenmehl	32,50 - 37,75	32,50 - 37,75
Roggenmehl	26,25 - 28,25	26,25 - 28,25
Weizenkleie	14,50 - 14,70	14,50 - 14,70
Roggenkleie	13,75 - 14,00	13,75 - 14,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 282½ (Vortag 280½), September 241½-240 (239), Oktober 241½-240½ (240). Roggen Juli 194½-193¾ (193), September 187-185¾ (185), Oktober 187½-186½ (185½). Hafer Juli 190 (187½), September 167-166½ Brief (165½), Oktober 166 (-).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Zur Abwechslung gab es auf dem Schweinemarkt mal wieder glattes Geschäft mit anziehenden Preisen, wenn sich auch die Preiserhöhungen nicht in dem Ausmass der Preisabschwächungen auf den Vormärkten bewegten. Auf dem Hammelmarkt gab es Preissteigerungen, weil der Auftrieb, wie auch auf dem Schweinemarkt klein war. Auf dem Kälbermarkt genügte das Angebot. Die Preise hielten sich auf dem Stand des Vormarktes. Auf dem Rindermarkt gab es Mittelgeschäft. Im allgemeinen waren die letzten Notierungen massgebend.

Notierungen: Schweine: (über 300 Pfund) a) 45 - 46 (41-42), b) (240-300 Pfund) 45 - 46 (41-42), c) (200-240 Pfd.) 45 (41-42), d) (160-200 Pfd.) 43 - 44 (38-40), e) (120-160 Pfd.) 40-42 (35-37), Sauen 41 (37-38). Kälber: b) 58-65 (58-66), c) 40-55 (40-56), d) 20-38 (25-38). Schafe: a) 48 - 51 (45 - 49), b) 45- 48 (43 - 45), c) 42 - 44 (35-40), d) 30 (26 - 32). Kühe: a) 33 - 37 (31-35), b) 26-31 (25-30), c) 20-25 (20-24), d) 15-18 (15-18).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 5. Juni 1931

Tambotschas.^x

SPD. Durch den üppigen Wald des Orinko-Tals eilt ein Kautschuksammler. Er flieht aus der Arbeitsfron und strebt in eine neue Welt der Freiheit. Die Patrone lassen die Arbeiter, die sie in den Gummibaumwäldern beschäftigen, nicht beaufsichtigen. Wer gehen will, der mag es tun. Er wird im Walde umkommen, ehe er einen Weg gefunden hat, der ihn hinausführt. Der Wald selbst fesselt die Arbeiter an den Patron.

Der Kautschuksammler ist geflohen. Lebensmittel hat er nicht bei sich; er verzehrt, was ihm der Wald bietet. Er ist halb nackt. Fliegen und Stechmücken umschwärmen ihn; er schlägt nach ihnen, wenn sie sich niederlassen, kann aber nicht verhindern, dass er dauernd gestochen wird. Er verfolgt eine Spur quer durch den Wald. Führt sie in bewohnte Welt oder in den Tod?

Niemand auf Erden ist so mächtig, dass er den Kautschuksammler aus den Händen des Patrons retten kann, der ihn wie ein Haustier ausbeutet. Einzige Hoffnung ist die Flucht. Flucht aus der unmenschlichen Gewalt des Menschen aber ist Auslieferung an die übermenschliche Gewalt der Natur.

Tagelang wandert der Kautschuksammler durch den Wald. Er muss sich Schritt für Schritt vorantasten. Die Gummibäume ragen hoch in den Himmel und nehmen jeden Ausblick. Selten weisst der Flüchtling, ob die Sonne scheint. Einen Schritt vorwärts, einen zurück, einen nach links, einen nach rechts versucht er, um die Spur nicht zu verlieren, die streckenweise verschwindet, sich teilt, Windungen macht. Hellwach sind alle Sinne; der Selbsterhaltungstrieb ruht keinen Augenblick.

Endlich überwältigt den einsamen Wanderer die Müdigkeit. Hungernd, durstend, todmatt und mit schmerzdem Kopfe legt er sich nieder und schläft einige Stunden. Als er sich wieder erhebt, merkt er, dass er die Spur verloren hat, Vergeben sucht, späht, tastet er an Baum und Erde, -als liebevoll er sie, um ihr hartes Herz zu erweichen. Der Fliehende ist kein Stadtmensch, sondern ein Mitgeschöpf der Urwaldbäume, gewohnt, die Natur zu bezwingen. Er hat besondere Mittel, sich zu helfen. Auf jeden Angriff antwortet er mit einem Gegenangriff. Jetzt bändigt er die Ungeduld, die ihn zu Unüberlegtheiten fortreißen will. Er sucht einen Sonnenstrahl. Da, wo die Bäume etwas lichter stehen, entdeckt er, dass die Sonne scheint. Er sucht, wo eine Palme ragt. Die Palme wendet sich stets der Sonne entgegen. Ein Stadtmensch brauchte Uhr und Kompass; dem Kautschuksammler genügt Naturbeobachtung.

Er setzt sich unter die Palme, deren höchste Zweige von unten eben noch sichtbar sind. Bewegungslos verharret er stundenlang. Endlich bemerkt er eine leise Bewegung der Palmlätter nach einer bestimmten Richtung. Mehr braucht er nicht. Die Palme folgt der Sonne, d.h. ihre Blätter drehen sich von Ost nach West. Er schlägt den Weg ein, den ihm die Palme weist; sie ist sein Kompass.

Glücklicher als andre Flüchtlinge, trifft der Mann einen Kameraden. Erst beobachten sie sich misstrauisch. Der andre kann ein Genosse sein, aber auch ein Verfolger, dem man mit Nägeln und Zähnen entgegengehen müsste. Diesmal ist es ein Leidensgefährte. Gemeinsam setzen sie die Flucht fort, sorgsam darauf bedacht, die Spur nicht abermals zu verlieren. Eine Lichtung öffnet sich vor ihnen. Die Augen, lange an Dunkelheit gewöhnt, schwelgen im Sonnenlicht; Hoffnung auf Rettung belebt die müden Füße.

Sumpfland breitet sich, als sie das Gelände aufklären. Plötzlich bemerken sie etwas Seltsames. Der Wald scheint lebendig zu werden. Kaninchen rücken an und bergen sich unter ihren Beinen, als suchten sie Zuflucht. Erst erwehren sich die Männer der Andringenden, ohne sich etwas Besonderes dabei zu denken. Dann überfällt sie eine Ahnung, eine furchtbare Ahnung. Sie sehen sich an, denken das Gleiche. Einer schreit auf: "Um Gotteswillen: Tambotschas!"

Die Oberfläche des Sumpfes schwankt, als die Männer sie betreten. Sie sinken ein. Bald stecken sie bis zum Halse darin. Wenn sie sich nicht dauernd bewegen, verschwinden sie völlig! Mit verzweifelter Kraft kämpfen sie gegen den lauernden Tod. Hinter ihnen stürzen sich Kleingetier und Insekten aller Art in den Sumpf. Wie Aschenregen fallen Käfer ein; am Rande des Sumpfes halten Spinnen und Kriechtiere. Die Männer schlagen um sich, sie abzuwehren.

Das erste Tambotschaheer erscheint. Der Boden bewegt sich; es rauscht wie Füße im trockenen Laub. Die Bäume bedecken sich von unten bis oben mit einer rötlichen Schicht, als lebte ihre Rinde auf. Immer höher in die Baumkronen hinein wächst dies Leben, kriecht in jedes Vogelnest, spürt in jedem Astloch. Mäuse, Eidechsen, Wiesel fallen den Tambotschas zur Beute.

Tambotschas sind riesige rötliche Ameisen mit besonders starken Kiefern. Zu Millionen wandern sie über Land und verwüsten alles, was ihnen begegnet. Die Bäume werden kahl gefressen; Tiergerippe bezeichnen ihren Weg; selbst den Menschen fallen sie an und bedecken ihn mit schmerzhaften Bissen. Nur im Wasser ist man sicher vor ihnen. Darum stehen auch die beiden Männer im Sumpf, in steter Angst vor Krokodilen und Schlangen.

Ein Tambotschaheer nach dem andern zieht vorüber; die ganze Welt scheint zu wandernden Tambotschas zu werden. Stunden vergehen, bis sich das Gewimmel verliert. Die Flüchtlinge suchen festes Land zu gewinnen. Mühsam arbeiten sie sich wieder heraus. Es glückt wohl hohl, als sie die Beine aus dem Morast ziehen. Von neuem machen sie sich auf den Weg; ihnen folgen die Scharen und Schwärme der Tiere, die wie sie im Sumpfe gesteckt haben.

Abends kommen sie am Ufer eines Sees an. Finden sie ein Boot, das sie an bewohnte Stätten jenseits der venezolanischen Grenze bringt? - Werden sie heil und gesund gerettet werden? - Oder wird man sie ins alte Joch zurückbringen?
(Nach J.E. Rivero.)

Feuer im Schiff!^X

SPD. Als der Matrose Menno Lührsen aus dem Logis kam, um die Ruderwache zu übernehmen, blieb er plötzlich einen kurzen Augenblick im Mittelschiff stehen. Misstrauisch betrachtete er die Lukendeckel, die den Laderaum bedeckten; dann zog er in kurzen, heftigen Stößen Luft durch die Nase. Er musste etwas entdeckt haben, denn Lührsen stieß ein leises Pfeifen durch die Zähne, bückte sich über den Lukendeckel und schnubberte nochmals kurz und stark. Seine Befürchtung schiene sich zu bewahrheiten. Ruckartig richtete sich der Matrose auf, und beinahe hätte er seinen Freund Korl, mit dem er zusammen auf dem Frachtdampfer "Helvetia" angeheuert hatte, einen kräftigen Stoß mit seinem Kopfe versetzt. Korl Focken war leider näher getreten und hatte interessiert das Treiben seines Freundes beobachtet. "Wat hest du denn, Menno?" fragte er.

"Dor unnen stimmt wat noch. Ick lot mi kielholen, wenn dat dor allens in Ornung is", war die Antwort.

"Wieso meenst Du dat denn, Menno?" fragte Korl Focken wieder.

"Für int Schipp!" erklärte Lührsen drohend. Focken machte ein besorgtes Gesicht, zog gleichfalls wie der andere Matrose die Luft durch die Nase und sagte dann: "Mann, dat is 'n bösen Kram. De Boomwull schmort."

Flüsternd berieten die beiden Männer über ihre Entdeckung. Nach einer

Weile hatten sie einen Entschluss gefasst. Lührsen ging ins Ruderhaus und löste den Rudergänger ab, während Korl Focken, der Freiwache hatte, in das Logis zurück ging,

Die "Helvetia" hatte in Rio de Janeiro Baumwolle geladen und war auf der Reise nach Hamburg. An Bord waren achtzehn Mann Besatzung ausser den Offizieren, .Erst zehn Tage schwamm die "Helvetia" auf dem Atlantik. Und Hamburg war noch weit. Die Maschinen des Frachtdampfers hatten schon manche Umdrehung gemacht und das Schiff in all den Jahren seiner Lebensdauer manche Seemeile vorwärts getrieben. Nicht mehr lange würde es dauern, dann kam der Kasten auf irgendeinen Schiffsfriedhof und endete schliesslich auf einer Abwrackwerft. Al- tertümlich, wie das Schiff aussah, war auch seine Inneneinrichtung. Hier gab es noch keinen Kompass, keine elektrische Steuerung und Ölheizung. An Bord der "Helvetia" wurden noch Steinkohlen gefeuert; am Ruder stand alle zwei Stunden ein anderer Rudergänger; sie war eben ein richtiger alter Frachtkahn.

Als Menno Lührsen seine Wache beendet hatte, lief ihm Korl entgegen. Leise fragte er: "Seggst Du den Ollen, glik Bescheed?" Lührsen nickte nur und warf einen Blick auf die Luken. Er machte eine energische Handbewegung und trat dann in das Logis ein. Kurze Zeit später liess er sich dem Kapitän melden. Der Schiffsführer sah von seinem Schreibtisch auf, als Lührsen in die Kajüte eintrat. "Na, Lührsen, was gibt's denn?" fragte er.

"Die Ladung im mittleren Bunker brennt, Kapitän", war die lakonische Antwort. Mit einem Ruck fuhr der Kapitän hoch, starrte den Matrosen einen Augenblick entsetzt an und schüttelte ihm dann derb den Arm. "Mann, sind Sie verrückt geworden? Wie kann denn die Ladung brennen?"

"Ich bin nicht verrückt, Kapitän", antwortete Lührsen ruhig. "Sie können sich ja selbst überzeugen".

Die ruhige Gelassenheit des Matrosen machte anscheinend Eindruck auf den Kapitän. Er liess sich schwer in den Sessel fallen und dachte einen Augenblick angestrengt nach. Dann sagte er zu dem Matrosen hin: "Also, Lührsen, es ist leicht möglich, dass die Baumwolle brennt. Sie wissen genau so gut wie ich, dass es nicht das erste Mal wäre. Der ungeheure Druck, der ausgeübt wird, wenn die Bälle zusammengepresst werden, bewirkt eben die Selbstentzündung der Baumwolle. Es handelt sich jetzt um folgendes. Wie weit ist der Brand vorgeschritten, wieviel Mann von der Besatzung wissen davon, und wie können wir das Feuer löschen?"

Eine halbe Stunde später verliess Lührsen die Kapitänkajüte, und bald darauf verschwanden der Ingenieur und der erste Steuermann in den Raum. Als der Matrose Kleen gegen Mitternacht die Ruderwache übernehmen wollte, wurde ihm gesagt, Lührsen sei Rudergänger. Kopfschüttelnd verliess der Matrose die Brücke. Im Mannschaftslogis blieb er überlegend stehen. Anstatt in die Koje zu gehen, setzte er sich an den derben Tisch und horchte gespannt nach draussen. An Deck war alles ruhig. Nur das Stampfen der Maschinen erschütterte das Schiff. Die schweren Tritte des wachhabenden Steuermannes verklungen auf dem Eisen der Brücke. Am Ruder stand Menno Lührsen mit undurchdringlichem Gesicht. Sein Blick fiel von Zeit zu Zeit auf den Kompass, dessen Nadel leicht zitterte. Eben kam Kapitän Enders mit tappenden Schritten die eiserne Leiter zur Brücke herauf. "Lührsen, kommen Sie mit! Die Wache kann Steuermann Gerds machen". Schweigend überliess Menno Lührsen dem zweiten Steuermann das Rad. Leise tappten der Kapitän und Lührsen über das Deck zum Mittelschiff hin. Bei der mittleren Luke blieb Lührsen stehen. "Hier ist es", flüsterte er, auf die Holzdeckel deutend. Enders beugte sich über die Luke. Ein feiner brandiger Geruch war deutlich zu spüren. Der erste Steuermann kam mit Korl Focken ebenso leise hinzu, wie die beiden anderen Männer gekommen waren. Auch der Steuermann bückte sich und richtete sich rasch wieder auf. Mit flüsternder Stimme berieten die Männer. Dann gingen sie daran, mit vereinten Kräften die schwere Luke zu heben. Nur einige Zentimeter stand der Deckel auf; da stieg durch die Spalte dichter, fast weisser Qualm hervor. "Los!", keuchte der Kapitän, und schon senkte sich der Deckel wieder.

"Es kann noch nicht sehr weit sein", flüsterte Lührsen. Die Andern nickten zustimmend. Eben wollte der Kapitän sich abwenden, um auf die Brücke zurück zu gehen, als ein leises, scharrendes Geräusch vernehmbar wurde. Aufhorchend starrten die Männer in das Dunkel, aus dem sich massig und drohend die Umrisse der Decksaufbauten heraushoben. Dann schnellte Menno Lührsen plötzlich nach vorn. Ein halbunterdrückter greller Aufschrei: "Feu---" zeriss plötzlich die Stille. Dann hörte man gepresstes Fluchen und das Balgen schwerer Leiber. Sekundenlang nur. Dann fiel ein dumpfer Schlag, dem ein röchelndes Atem folgte.

All dieses spielte sich in wahnsinniger Eile ab, sodass die Andern garnicht recht wussten, was geschah. Da tauchte auch schon aus dem Dunkel der Umriss der hohen, schlanken Gestalt Menno Lührsens auf. Hinter ihm schleifte auf dem Deck der Körper eines schächtigen Mannes. "Wen haben Sie denn da, Lührsen?" fragte der Kapitän. "Kleen ist es, Kapitän. Der feige Hund hätte uns den ganzen Kram durcheinandergebracht. Er wollte gerade losblöken, da musste ich ihn schnell chloroformieren; sonst hätten wir jetzt die ganze Mannschaft auf dem Hals", flüsterte Lührsen grimmig.

Rasch beratschlagten die Männer flüsternd diese neue Situation. Dann warf Lührsen sich den reglosen Körper des Matrosen über die Schulter und trug ihn unter Deck. Kleen war für die Dauer der Reise verschwunden. Nach einer knappen Stunde lag das Deck des Dampfers genau so tot da wie sonst um die gleiche Nachtzeit. Wieder klang der Schritt des Wachhabenden, und der Rudersmann döste am Rade vor sich hin, von Zeit zu Zeit leise am Steuer drehend.

Die Mannschaft bemerkte wohl das Verschwinden des Matrosen Kleen, aber Lührsen und Korl Focken gingen in diesen Tagen mit eisern verschlossenen Gesichtern umher und gaben ausweichende Antworten. Die "Helvetia" raste mit Vollampf über den Ozean und lief einen französischen Hafen an. Erst auf der Reede, als in rasender Eile durch Funkspruch herbeigerufene Feuerlöschboote längsseit legten und ihre Wassermassen in das Schiffsinne ergossen, wusste die Mannschaft, dass sie ein brennendes Schiff unter den Füßen gehabt hatte. In der nachfolgenden Seeamtsverhandlung wurde dem Matrosen Lührsen für sein umsichtiges und zweckentsprechendes Verhalten eine Belobigung ausgesprochen.

Heinz Jacobs.

Spanisches Volksleben.^x

Arbeiter.

SPD. In eine kleine Schenke, die dicht an der Strasse lag, war ich eingetreten, um ein Glas Wasser zu erbitten. In dem niedrigen Raume sassen ungefähr ein Dutzend Männer beisammen, alle schon in etwas weinseliger Laune, dabei dem edlen Rebsaft immer eifrig zusprechend. Kaum war ich eingetreten, so wurde ich mit lautem Hallo empfangen. "He, Fremder, setz Dich mit Herher!" erscholl es, und ehe ich mir's versah, drückte man mir schon ein gefülltes Weinglas in die Hand und prostete mir von allen Seiten zu. Dann musste ich mich in ihre Mitte setzen und erzählen, woher ich kam, wohin ich wollte. Als sie hörten, dass ich Deutscher sei, rief das erneut lärmende Kundgebungen hervor, und eine neue Lage wurde bestellt.

Alle waren schon nicht mehr so ganz sattelfest, bis auf den Aeltesten von ihnen, einen hageren Mann, der etwa 35 Jahre zählen mochte, während die anderen bedeutend jünger waren. Mit ihm, der auch der Anführer zu sein schien, konnte man sich noch einigermassen unterhalten, und so erfuhr ich, dass sie alle "mine-ros", Bergleute, seien, die in den nahen Erzbergwerken beschäftigt waren. Für ihre schwere und gefährliche Arbeit erhielten sie, weil sie nur Hilfsarbeiter waren, 3,50 bis 4,00 Pesetas pro Tag. Ein wahrer Hundelohn! Von ihrer Wohnung bis zur Grube hatten sie über 3 Stunden Weg, und um den nicht täglich zurück-

legen zu müssen, hausten und schliefen sie die Woche über an der Arbeitsstelle und gingen nur Sonnabends, wenn Zahltag war, heim.

Jetzt waren sie gerade auf dem Heimwege und hatten ihren spärlichen und sauer verdienten Lohn in der Tasche, von dem sie nun gleich einen Teil für den billigen Wein umsetzten. Sie schimpften zwar auf ihr miserables Leben, waren aber unorganisiert, hatten von Gewerkschaften kaum eine Ahnung. Als ich ihnen auseinandersetzte, dass sie sich zusammenschliessen und mit allen Arbeitern verbinden müssten, wenn es ihnen besser gehen sollte, schüttelten sie missbilligend den Kopf. Mit den Deutschen wollten sie ja ganz gern gemeinsame Sache machen - ein Grund für eine frische Runde -, aber mit den Anderen auch? Mit den Franzosen, Engländern, Amerikanern? No, no! Nicht daran zu denken! Das sind ja alles Gauner! (Die Besitzer der umliegenden Gruben gehörten meist diesen Nationen an, daher wahrscheinlich ihre abfällige Meinung). Sie liessen sich diese Meinung auch nicht ausreden, und alle meine Einwände wurden gleich mit Wein hinuntergespült.

Endlich konnte ich mich aus der lärmenden, immer wieder ihre Freundschaft zu Deutschland betauernden Gesellschaft frei machen und meinen Weg fortsetzen. Für die spanischen Gewerkschaften ist in dieser Gegend jedenfalls noch ein steiniger Boden zu beackern und wertvolle Aufklärungsarbeit zu leisten.

Analphabeten.

Mit der Schulbildung sieht es noch schlimmer aus in Spanien. Analphabeten gibt es, vor allem auf dem Lande, die schwere Menge. Aber auch in den Städten trifft man noch Allzuvielen, die weder lesen noch schreiben können. Fährt man einmal mit einem Bauern ein Stück auf seinem Karren und kann ihm bei einem Wegweise vorlesen, was daran steht, so ist er platt! Er, als Einheimischer, der schon so oft hier vorüberfuhr, kann das nicht entziffern, und der Fremde, der erst kurze Zeit im Lande ist, der bringt es fertig! Da steigt man ordentlich in seiner Hochachtung.

Auch lustige Zwischenfälle kann man mitunter im Verkehr mit Analphabeten haben. Hier einen: Von Almeria wollte ich mit der Bahn nach Granada fahren. Ich fragte den Wirt des Gasthofs, in dem ich schlief, ob er einen Fahrplan hätte. Wahrscheinlich sprach ich das Wort nicht richtig aus, denn er verstand mich nicht. Da nahm ich meinen Sprachführer zu Hilfe und zeigte ihm das Wort "Fahrplan" in der spanischen Uebersetzung. Er sah erst hinein, schüttelte dann den Kopf und sagte mit einem verlegenen Lächeln: "Ich kann nicht lesen, Herr"! Währenddessen war seine Frau und auch noch eine Anzahl anderer Leute hinzugegetreten; mein Sprachführer ging reihum; alle guckten hinein, doch keine konnte es lesen. Mit allen möglichen Zeichen versuchte ich, meinen Wunsch klar zu machen, doch vergeblich. Mit einem Male schien der Frau ein Licht aufzugehen, denn sie griff sich verstehend an den Kopf und eilte ins Haus. Sie kam auch gleich wieder heraus. Aber was brachte sie mit? Keinen Fahrplan, wie ich gedacht und gewünscht hatte, sondern - einen Nachtopf?!!

Fatales Missverständnis! Und leider liess sich aus dem immerhin manchmal sehr nützlichen Möbel nicht die Abfahrzeit des Zuges ersehen...

Geschäftstüchtig.

Eins muss man den Spaniern lassen: Geschäftssinn haben sie! In jedem scheint ein Stück Kaufmann zu stecken. Das erweist sich an dem umfangreichen Strassenhandel, durch den ein grosser Teil der Bevölkerung sein Leben fristet. Das sieht man auch schon an den Schuljungen, die sich heute einen Räuberroman kaufen, um ihn morgen, wenn er ausgelesen ist, möglichst vorteilhaft auf der Strasse wieder zu verschachern. Jedenfalls machen sie alle gern ein Geschäftchen, und wenn sie einen Ausländer übers Ohr hauen können, so tun sie es doppelt gern.

Ein Musterbeispiel hierfür bot auch der Inhaber der einzigen Posada eines kleinen südspanischen Städtchens, in der ich einmal übernachtete. Betten gab es da nicht oder doch nur zu einem horrenden Preis. Ich erhielt aber einen leeren Sack; den konnte ich im Stalle mit Spreu füllen und in dem mir zuge-

wiesenen Raum auf den Boden legen; das sollte auch so gut sein wie ein Bett! Kostenpunkt: eine halbe Peseta! Jedenfalls war es ein sehr kümmerliches und primitives Lager, auf dem mir nach wenigen Stunden sämtliche Glieder weh taten, da der Sack viel zu kurz und schon in der Mitte des Körpers endete. Als ich nicht mehr schlafen konnte, stand ich auf und ging auf Entdeckerfahrt. Beim Schein von Streichhölzern landete ich in einem Nebenraum, in dem sich neben altherhand Gerümpel auch eine Art Divan befand, d.h. eine Bank mit einigen darübergespannten Decken. Darauf schliefen, zusammengekugelt, einige Katzen. Die Biester schmiss ich herunter und nahm nun selbst den Platz ein. Hier schlief sich's bedeutend besser, denn, wenn es auch kein Paradiesbett, sondern immer noch ziemlich hart war, so konnte ich mich doch wenigstens richtig ausstrecken.

Mit Knurren und Schimpfen weckte mich am Morgen der Wirt. Er schien von meinem eigenmächtigen Umzug garnicht erbaut zu sein. Als ich die gastfreundliche Stätte verlassen wollte, stellte sich der nette Mann in die Tür, sodass er mir den Ausgang versperrte, und verlangte noch eine halbe Peseta nachgezahlt, da ich in einem "besseren Bett" geschlafen hätte! Das ging mit denn doch über die Hutschnur, und sämtliche deutschen, und, soweit sie mir geläufig waren, auch spanischen Schimpfwörter warf ich ihm an den Kopf. Das machte aber scheinbar wenig Eindruck auf ihn, denn beharrlich blieb er auf seine Nachforderung bestehen. Erst, als ich ihm mit der Polizei drohte und ihn aufforderte, mit zur Wache zu kommen, um dort sein unverschämtes Verlangen zu begründen, verzog sich murrend der geschäftstüchtige Mann in sein Haus und gab mir den Weg frei.

Rudolf Schneider.

Das "Ohr des Verbrechers".^x

SPD. Aus dem Naturwissen der vorigen Generation hat sich in weitesten Kreisen die Ansicht befestigt, dass es zu den Entartungsmerkmalen des Menschen gehöre, auf dem äusseren Wulst des Ohres ein kleines, zipfelförmiges Wülstchen zu tragen, das als "Darwinzipfel" bezeichnet wird, weil der grosse Naturforscher Darwin als Erster darauf aufmerksam gemacht hat, dass es bei gewissen Affen, z.B. den Pavianen, ganz allgemein vorkomme, bei dem Menschen also einen Anklang an Tierform darstelle. Nicht alle Menschen besitzen diesen Zipfel. Und als man daraufhin eine grosse Anzahl von Menschentypen untersuchte, glaubte man feststellen zu können, dass namentlich Schwachsinnige, Verbrecher, überhaupt Entartete dieses eigenartige Merkmal regelmässig an sich tragen. Von da ab stand es felsenfest, der Darwinzipfel deute auf Minderwertigkeit. Wer ihn besass, schämte sich dessen und hielt sich gewissermassen für gebrandmarkt.

Nun stellt es sich heraus, dass sich die Sache doch anders verhält. - Zunächst kam man von der Tierforschung her zu der Ueberzeugung, dass auch das Affenohr nur ausnahmsweise auf diese Art gestaltet sei, vor allem, dass dieser Zipfel keineswegs der Spitze des Tierohres, wie man sie bei Pferd oder Hund ausgeprägt sieht, entspricht. Dann aber wendete sich die Statistik selbst gegen das "Verbrecherohr". Wenn man Zehntausende von Menschenohren vergleicht, stellt sich heraus, dass dieses angebliche Entartungsmerkmal gerade bei normalen und gutgearteten Menschen viel häufiger ist als bei Krankhaften und Verbrechern. Wohl ist gerade deren Ohr besonders oft abnorm gestaltet, aber nicht in dieser Richtung.

Den letzten Entscheid hierüber bringt eine kürzlich erschienene grossangelegte Arbeit des finnischen Menschenforschers Kaarlo Hilden. Nachdem Andere gezeigt hatten, dass die niederen Menschenrassen (wie die Ainos auf Sachalin oder die auf Baumnestern lebenden Orang-Kubus von Sumatra) weit seltener diese sogenannten Tierohren besitzen als die hochkultivierten Europäer, stellte

Hilden fest, dass gerade in Finnland, wo zivilisiertere Schweden mit primitiven Finnen zusammenleben, das "Tierohr" bei den Schweden häufiger ist, ferner, dass die Frauen es weit seltener besitzen als die Männer, und schliesslich - was das Merkwürdigste ist - dass die beiden Ohren des Menschen hierin nicht gleich sind. Das rechte Ohr trägt den Zipfel weit häufiger als das linke. Von einem "Entartungsmerkmal" oder gar einem "Verbrecherkennzeichen" kann überhaupt keine Rede sein.

Damit sind wohl die Akten über das Verbrecherohr geschlossen. Der Ohrenzipfel ist ein für Abstammungsfragen und Charakter gleichgültiges Rassenmerkmal. Der finnische Forscher glaubt, es gehöre zum "nordischen Menschen". Diese Annahme wird vielleicht durch ähnliche Untersuchungen in anderen Ländern noch revidiert werden. Sicher aber ist, dass niemand mehr wegen seines "Darwinzipfels" ein Gefühl von Beunruhigung zu haben braucht.

Dr. R. Francé.

SPD. Im Kriege.^X Mein Freund Christian ging in einen Fleischerladen und fragte: "Haben Sie gekochtes Schweinefleisch?"

"Ja, das gönnen Se bei mir haben. Wieviel soll's denn sein?"

"Ein Viertel. Zeigen Sie mal - ist das nicht ein bisschen sehr fett?"

"Das is doch nich fedd? Wo soll denn das fedd sein?"

"Na, das ist doch zweifellos fett!"

"Na, warum soll denn das nich fedd sein! Was haben Sie denn gäj'n Fedd?"

"Ich kann Fett nicht vertragen".

"Haha! Nich verdraachn! Sie häddn mal im Grieche sein missn, was wir da alles gefressen ham! Da ham wir Hunde und Gadsen gefrassen!"

"So!"

"Ja, so. Awr heudzudaache, da sind eben die Menschn verweichlichd!"

"Bekomme ich nun das Schweinefleisch oder nicht?"

"Da siehd mr gleich, dass Sie noch im Grieche gewäsn sind! Wenn Sie im Grieche gewäsn wären, da wären Sie froh gewäsn, wenn Sie Fedd gehabd häddn!"

"Lieber Herr, ich habe keine Zeit! Bitte, geben Sie mir das Fleisch! Ausserdem bin ich auch im Kriege gewesen".

Der Fleischer wog das Gewünschte ab, kassierte und sagte kein Wort mehr. Nur als Christian den Laden verliess, konnte er hören, wie der Mann durch die Zähne stiess: "Rodr Hund!"

SPD. Lebende Andenken.^X Michail Wostorg zog neulich um. Nach dem Süden Moskaus. Er räumte seine Siebensachen ein, rannte aber schon am nächsten Morgen zum Vermieter und schrie: "Genosse Hausverwalter, was soll ich tun! Die ganze Wohnung ist voller Ratten!" Der Gefragte sagte beruhigend: "Warte einen Monat, und wenn der vorige Mieter bis dahin nicht gekommen ist, um sie für sich zu fordern, dann kannst du mit ihnen machen, was du willst".

SPD. Bruderliebe.^X "Da drüben gehd ein endferndr Vrwandr von mir."

"Nanu, is das nich Ihr Brudr?"

"Ja, awr den hawe ich zum Dembl naugeschmissen, der darf meine Schwelle nich mehr üwrdredn, und seid der Zeid is der eben für mich ein endferndr Vrwandr."